Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge 2c. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3,— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Acken in Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 11. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 19. März 1910. Fernsprech-Nummer 4423. 12. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes für 1909. — P. Rektor Thoß † — **Feuilleton:** Unsere Hausfrauen. — **Aus dem Verbandsgebiete:** Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten; Bezirk Krefeld. — Berichte aus den Ortsgruppen: Eilenburg. — Euskirchen. — Forst (Lausitz). — Glauchau. — Hehn. — Herolz. — Hüls. — Krumbach. — Meißen. — Münchenbernsdorf. — Schwalm. — Stieghorst — **Aus unserer Industrie:** Die Lage auf dem Baumwollmarkte. — Die internationalen Betriebseinschränkungen in der Baumwolle. — Eine wichtige Erfindung für die Schußspulerei. — **Gewerkschaftliches:** Aus unseren Verbänden: Der fünfte Kongreß der „Internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen". — Welches Material muß bei einer Prozeßführung am Reichsversicherungsamt beigebracht werden? — Aus gegnerischen Organisationen: Wieder einmal die andere Seite. — Für den Klassenkampf — gegen die Gewerkschaftsinteressen. — **Aus Arbeitgeberkreisen:** Einen Reinwaschungsversuch bezügl. des Unternehmer-Arbeitsnachweises in Mannheim-Ludwigshafen. — **Allgemein Gewerkschaftliches:** Eine Verbesserung der Streikstatistik. — **Allgemeine Rundschau:** Soziale Rechtsprechung: Eine wachsende Verschlechterung der Rechtsprechung am Reichsversicherungsamt. — **Allgemeines:** Der Umfang des deutschen Hausgewerbes. — Das Proporzsystem für die Wahlen zum Reichsversicherungsamt. — Vom Bebel-Kultus. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Literarisches.

Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes für 1909.

Im Winter 1908/09 lag das deutsche Wirtschaftsleben außerordentlich darnieder; eine merkliche Besserung brachte erst die zweite Jahreshälfte in 1909. Für die gewerkschaftlichen Organisationen, insbesondere die christlichen Gewerkschaften, bedeutete diese Periode, im Hinblick darauf, daß sie erst in den vorausgegangenen Jahren der Hochkonjunktur den weitaus größten Teil ihrer Mitglieder gewonnen haben, eine schwere Belastungsprobe; sie wurde indes verhältnismäßig gut überstanden. Verschiedene Verbände haben die wirtschaftliche Depressionsperiode zur Verbesserung innerer Einrichtungen und der Verwaltungstechnik benützt, wie auch die Verfassung der Gesamtbewegung aus Anlaß der Begleiterscheinungen der Züricher Konferenz und des Streites um die Reichsfinanzreform eine weitere fruchtbare grundsätzliche Klärung erfuhr.

Der im Berichtsjahre in Cöln abgehaltene

siebente Kongreß der christlichen Gewerkschaften

lagte als deren erste Jubiläumsveranstaltung. Es waren nunmehr zehn Jahre verstrichen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung auf dem Mainzer Kongreß durch einheitliche Grundsätze und Richtlinien zusammengefaßt wurde. Aus einem gelegentlich des Kongresses erstatteten Rückblick konnte entnommen werden, daß in diesem Zeitraum im christlichen Gewerkschaftslager Deutschlands sowohl in organisatorischer Hinsicht, wie auch auf dem Gebiete geistiger Reg- und Strebsamkeit außerordentlich ersprießlich und erfolgreich gearbeitet wurde, eine Tatsache, die auch von den Gegnern der christlichen Gewerkschaften anerkannt werden mußte. Im weiteren beschäftigte sich der Kongreß in der Hauptsache mit Fragen der gesetzlichen Sozialreform, wobei das bisher Geschaffene zusammenfassend zur Darstellung gelangte und zu den brennendsten Fragen der Gegenwart und nächsten Zukunft Stellung genommen und eine Anzahl Richtlinien aufgestellt wurden. Daneben wurde das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung erörtert, wobei sowohl die gemeinsamen Aufgaben der einzelnen Organisationsgruppen wie auch deren getrennte Aufgabengebiete erneut umschrieben wurden.

Einen konzentrischen Angriff von allen ihnen übelwollenden Seiten hatten die christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre gelegentlich der

Verabschiedung der Finanzreform

im Reichstage abzuwehren. Dadurch, daß einige ihrer Führer dem Reichstage angehören und an dem Zustandekommen einiger unpopularer Steuergesetze mitwirkten, glaubten sowohl politisch verärgerte bürgerliche Parteikreise, wie auch die Sozialdemokratie und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine den christlichen Gewerkschaften wesentlich Abbruch tun zu können. Dabei wurde geradezu das Unglaublichste an politischer Begriffsverwirrung geleistet. Trotzdem die christlichen Gewerkschaften seit ihrem Bestehen bei allen sich bietenden Anlässen auf ihren politisch unparteiischen Charakter verwiesen, wollten deren Gegner, entweder durch Parteileidenschaft verblendet, oder um für sich selbst Vorteile herauszuschlagen, bei dem Streite um die Reichsfinanzreform es nicht gelten lassen, daß in hochpolitischen Fragen politisch neutrale Organisationen ihren Mitgliedern Direktiven nicht zu erteilen haben. Und daß die Steuergesetzgebung in 1909 durch die mit ihr verwickelten Begleitumstände viel mehr als allgemein politische, wie als wirtschafts- und sozialpolitische Frage in Erscheinung trat, ist heute in den bürgerlichen Parteilagern allgemein anerkannt.

Die angedeuteten politischen Grundbegriffe mußten den Gegnern der christlichen Gewerkschaften erneut zum Bewußtsein gebracht werden: ihnen mußte in der politischen Erregung die Selbstverständlichkeit gesagt werden, daß nicht die christlichen Gewerkschaften die Kollegen Giesberts, Schiffer, Behrens, Wiedeberg, Schirmer und Becker in den Reichstag gewählt haben, sondern die Wahlkreise Essen, Borken-Recklinghausen, Wetzlar, Hamm-Soest, Cham und Arnsberg und die betreffenden Kollegen in allgemein politischen Fragen ihren Wählern und den Parteien, auf deren Programm sie gewählt sind, zunächst Verantwortung und Rechenschaft schulden. Daneben kann natürlich kein Zweifel darüber bestehen, daß Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, wenn in die Parlamente entsandt, dort im Sinne und Geiste der christlichen Gewerkschaften wirken sollen. Aber auch darüber sind Meinungsverschiedenheiten kaum möglich, daß diese Kollegen, trotz besten Willens, häufig das nicht werden durchsetzen können, was sie selbst und mit ihnen die christlichen Arbeiter wünschen. Ob dann in solchen Fällen ein konstantes Verneinen unsympathischer Gesetze, die zu verhindern nicht in der Macht einzelner Abgeordneter liegt, der Weisheit und Tapferkeit besserer Teil ist, und ob mit solchem Verhalten auf die Dauer den Arbeiterinteressen am besten gedient sein wird, ist eine außerordentlich strittige Frage. Soviel steht jedenfalls fest, daß aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangene und von politischen Parteien gewählte Abgeordnete ihr Verhalten unter keinen Umständen etwa der sozialdemokratischen Agitation entsprechend einrichten können. Solche christliche Arbeiterabgeordnete würden auf die Dauer im parlamentarischen Leben geradezu zur kläglichen Figur werden.

Die Sozialdemokratie träumte nach Verabschiedung der Reichsfinanzreform von einem Zusammenbruch der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse suchte in der erregten Zeit in Angriffen auf unsere Bewegung sich zu überbieten; der sozialdemokratische Textilarbeiterverband veranstaltete allein 500 Versammlungen gegen die christliche Organisation und deren Vorsitzenden Schiffer. Dadurch, daß im sozialdemokratischen Lager „Partei und Gewerkschaften eins sind", die christlichen Gewerkschaften aber infolge ihres parteipolitisch neutralen Charakters sich gegenüber allgemeinen politischen Fragen größere Beschränkungen aufzuerlegen haben, glaubte man in der Reichsfinanzreform das richtige Mittel zu einem systematischen Angriffsfeldzug gegen die christlichen Gewerkschaften gefunden zu haben, mit dem diese schachmatt gesetzt werden könnten. Doch die christlichen Gewerkschaften haben in solcher Situation auch nicht geschlafen; soweit es die Verfassung ihrer Bewegung zuließ, wurde in der Gewerkschaftspresse und in Versammlungen zu energischer Abwehr geschritten, und im übrigen wirkten, insbesondere in Westdeutschland, Führer und Mitglieder der christlichen Gewerkschaften dahin, daß die Aufklärungsarbeit dort einsetzte, wohin sie gehörte: außerhalb der Gewerkschaftsbewegung und auf politischem Gebiete. Die Hirsch-Dunckersche Gewerkvereinspresse und -Agitation glaubte in dieser Situation ebenfalls zeigen zu müssen, daß sie auch da ist. Deren Anwürfe wurden indes seitens der christlichen Gewerkschaften glatt ignoriert, da auf die von ihnen vorgebrachten Plattheiten christlich gesinnte Arbeiter nicht mehr hereinfallen. Heute kann gesagt werden, daß die christlichen Gewerkschaften diesen Sturm von allen Seiten geradezu glänzend überstanden haben.

Gegenüber dem

Massenstreik in Schweden

nahmen die christlichen Gewerkschaften Deutschlands eine reservierte Haltung ein. In Schweden waren von jeher politische Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung sehr enge miteinander verwachsen, so daß bei Beginn des Kampfes keinesfalls zweifelsfrei festgestellt werden konnte, ob er in der Hauptsache auf politische oder aber gewerkschaftliche Motive zurückzuführen war. Dann sind in den letzten Jahren alle Generalstreiks im Auslande zuungunsten der Arbeiter verlaufen, so daß die gewerkschaftliche Erfahrung sich deutlich gegen die fernere Anwendung ähnlicher Kampfmittel ausgesprochen hat. Und wenn schließlich die deutsche Gewerkschaftsbewegung aller Richtungen infolge nüchterner Untersuchung zur Verwerfung des Generalstreiks als gewerkschaftlichen Kampfmittels gelangt ist, so ist nicht einzusehen, weshalb schließlich die deutschen Arbeiter immer wieder zur Unterstützung ausländischer Generalstreiks aufgefordert werden sollen. Der schwedische Massenstreik zeitigte denn auch das Ergebnis, daß von der gesamten internationalen Gewerkschaftsbewegung lediglich die sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands größere Unterstützungssummen nach Schweden entsandt haben. Die englische und amerikanische Gewerkschaftsbewegung hat geradezu lächerlich geringe Summen für den schwedischen Kampf aufgebracht.

Als im Lager der deutschen Unternehmerverbände sich allenthalben Bestrebungen zeigten zur Einführung

einseitiger Unternehmerzwangsarbeitsnachweise

und den christlichen Gewerkschaften zu gleicher Zeit die Praxis des Unternehmerarbeitsnachweises der Industrie Mannheim-Ludwigshafen bekannt wurde, da wurden die Oeffentlichkeit und die gesetzgebenden Faktoren auf die in diesen Instituten beruhende große Gefahr hingewiesen. Das in einer Broschüre „Aus der Geheimpraxis eines Unternehmer-Arbeitsnachweises" niedergelegte Material bildete sodann den Resonanzboden zu Interpellationen im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause, sowie zu Anträgen im bayerischen und badischen Landtage. Ein gesetzgeberischer Erfolg war diesem Vorgehen zwar bisher noch nicht beschieden; dadurch aber, daß von keiner Seite auch nur der Versuch unternommen wurde, die Praxis des Mannheimer Arbeitsnachweises zu entschuldigen oder gar zu bereitigen und die Zechenverwaltungen des Ruhrreviers dem preußischen Handelsminister weitgehende Zugeständnisse hinsichtlich der Wirksamkeit des von ihnen errichteten Arbeitsnachweises machen mußten, war der Vorstoß der christlichen Gewerkschaften immerhin von nicht gering anzuschlagendem Erfolg.

Badisch-Rheinfelden.

Aus einem Streik des christlichen Metallarbeiterverbandes in Badisch-Rheinfelden und seinen Begleiterscheinungen entwickelten sich Differenzen zwischen der badischen Fabrikinspektion und den christlichen Gewerkschaften. Die Einzelheiten darüber sind in einer Broschüre nachzulesen, die die letzten Wochen herausgegeben wurde.

An den

Wahlen der Beisitzer zu den unteren Verwaltungsbehörden

und in Verfolg davon an den Wahlen der Vertreter zu den Ausschüssen und Vorständen der Landesversicherungsanstalten und zu den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung haben sich die christlichen Gewerkschaften in verschiedenen Bezirken intensiv und mit gutem Erfolg beteiligt. In den Provinzen Rheinland und Westfalen wurden meist Angehörige der christlichen Gewerkschaften gewählt; auch in anderen Bezirken konnten Erfolge erzielt werden.

Konferenzen und Agitation.

Die gemeinschaftlichen Aufgaben der Bewegung wurden im Berichtsjahre in drei Ausschuß- und zwölf Vorstandssitzungen sowie einer Anzahl Konferenzen erörtert und damit dem Generalsekretariat die Richtlinien seiner Tätigkeit vorgezeichnet. Sehr ausführlich beschäftigte sich insbesondere der Ausschuß mit den Aufgaben der Verbandsvorstände während der Wirtschaftskrise und mit dem Kapitel Arbeiterabgeordnete und christliche Gewerkschaften. In 1½tägigen Verhandlungen wurde über letzteres Thema sowohl die programmatische wie gewerkschaftstaktische Seite hervorgekehrt, wobei zum Schlusse Uebereinstimmung darin bestand, daß die Durchsetzung der Lohnarbeiterklasse im Volksleben sich ebenso wie im Wirtschaftsorganismus nur schrittweise vollziehen könne und daß sich die christliche Arbeiterschaft in stets steigendem Maße von der sozialistischen Gedankenwelt emanzipieren müsse.

Weiter beschäftigte sich der Vorstand mehrfach mit den Gesetzentwürfen betreffend die Gewerbeordnung und Arbeitskammern.

Anfangs des Jahres 1909 wurde durch den Vorstand des Gesamtverbandes eine Konferenz veranstaltet, die sich mit der

gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenfrage

beschäftigte und zu der eine Anzahl Sachverständige aus den einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden geladen waren. Man einigte sich dahin, daß einstweilen die größeren Gemeinwesen Vorarbeit und Versuche für die Lösung der Arbeitslosenfrage unternehmen sollten, mit dem Ziele der späteren reichsgesetzlichen Regelung. Dadurch, daß nicht alle Gewerkschaftsverbände die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben und für die Saisongewerbe (Bauarbeiter, Steinarbeiter, Schneider 2c.) sich die Einführung auch in absehbarer Zeit nicht als möglich erweist, glaubte man das Genter System, durch das in der Hauptsache nur solchen Arbeitern aus Gemeindemitteln Zuschüsse gewährt werden, die aus Gewerkschaftskassen Arbeitslosenunterstützung beziehen, nicht einseitig empfehlen zu sollen, sondern gelangte zu dem Ergebnis, daß eine gemeindliche Arbeitslosenversicherung das zunächst zu Erstrebende sei, die zur Grundlage die freiwillige Versicherung hat und die Versicherung durch die Gewerkschaften in keiner Weise ausschließt oder erschwert. Die Gemeinde garantiert den der gewerkschaftlichen Versicherungskasse angehörenden Arbeitslosen einen bestimmten Zuschuß zu der gewerkschaftlichen Unterstützung und solchen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die keine gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung beziehen, sowie den nicht organisierten Arbeitslosen eine Unterstützung in Höhe dieses Zuschusses. In einer Anzahl Gemeinden und in den Landtagen einzelner Bundesstaaten hat man sich in der Zwischenzeit mit der Arbeitslosenfrage beschäftigt und wurde die Stellung der christlichen Gewerkschaftskartelle allenthalben im obigen Sinne präzisiert. Da die Arbeitsnachweis- und Arbeitslosenfrage sich sehr enge berühren, muß beiden Gegenständen auch für die Zukunft die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Weiter fand in

Bayern eine Landeskonferenz

statt, die sich u. a. mit den sozialpolitischen Aufgaben beschäftigte, die der dortigen Landesgesetzgebung und dem Staate sowie den Gemeinden gegenüber den von ihnen beschäftigten Arbeitern obliegen. Staat und Gemeinden können zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit sehr viel tun. Sie müssen bestrebt sein, ihre Arbeiten nicht bloß an tariftreue Firmen zu vergeben, sondern sollen auch von den Arbeitgebern fordern, daß sie das Koalitionsrecht ihrer Angestellten und Arbeiter respektieren, eine Forderung, die in Bayern von der Staatsregierung in steigendem Maße zu verwirklichen versucht wird. — Ebenfalls wurde der erste Kongreß der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs, auf welchem die Organisationsform der dortigen christlichen Arbeiterschaft endgültig festgelegt werden sollte, durch den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften beschickt.

Sekretariate des Gesamtverbandes.

Der Konsolidierung der Verhältnisse in Oberschlesien wurde im Berichtsjahre große Aufmerksamkeit zugewendet; die dort interessierten Verbände haben nunmehr je einen Agitationsleiter in Kattowitz stationiert, um das schwierige Agitationsgebiet Oberschlesiens systematischer in Angriff nehmen zu können. Es wird in Oberschlesien noch großer Mühe bedürfen, um der christlichen Gewerkschaftsbewegung gegenüber einer Welt von Gegnern — gewaltiger Indifferentismus, rücksichtslose organisationsfeindliche Unternehmer, Sozialdemokratie, polnische Berufsorganisationen, katholische Fachabteilungen — zur Durchführung zu verhelfen. — Der bedeutsame Saarbezirk wurde organisatorisch zusammengefaßt und die Leitung in Gemeinschaft mit den besoldeten Funktionären der übrigen Verbände dem seitherigen Gesamtverbandsbeamten Baltrusch-Erfurt übertragen. Diese Zusammenfassung dürfte sich zweifellos für die christliche Gewerkschaftsbewegung insgesamt bewähren, was schon der Ausgang einer Anzahl sozialer Wahlen und sonstige organisatorische Erfolge der letzten Monate beweisen. Die katholischen Fachabteilungen an der Saar spielten seither schon in der Arbeiterbewegung des dortigen Bezirkes keine große Rolle; dieselbe hat sich weiter zusehends vermindert. Die Position der katholischen Fachabteilungen läßt sich in den einzelnen Bezirken am besten dadurch untergraben, daß man sich mit ihnen möglichst wenig auf grundsätzliche Auseinandersetzungen über extreme Theorien einläßt, die sich in dem vielgestaltigen Wirtschaftsorganismus nicht verwirklichen lassen, sondern die Kräfte unserer Bewegung auf praktische Arbeit konzentriert.

Das Mitteldeutsche Sekretariat des Gesamtverbandes wurde an Baltrusch's Stelle mit dem Kollegen Butscher, seither in Eisenach tätig, besetzt. — Das schlesische Sekretariat wurde nach mehr als vierjährigem Bestehen mit dem 1. Oktober 1909 aufgehoben und der betreffende Beamte durch den Holzarbeiterverband übernommen. In der Zwischenzeit haben alle interessierten Verbände in Nieder- wie in Oberschlesien besondere Agitationsleiter stationiert, so daß sich die Aufrechterhaltung des Gesamtverbandssekretariats nicht mehr als dringend notwendig erwies.

Im Winter 1908/09 wurde durch den Gesamtverband der Text zu einem Flugblatt, das sich an die Frauen der Gewerkschaftsmitglieder wandte, hergestellt und den einzelnen Verbänden mit der Maßgabe überwiesen, daß sie ihn mit der Darstellung ihrer Verbands- und Unterstützungseinrichtungen erweitern und dann für Verbreitung des Flugblattes sorgen möchten. Das so ausgestaltete Flugblatt wurde dann auch von verschiedenen Verbänden in mehreren hunderttausend Exemplaren zu seinem Bestimmungszweck verwendet. — Der gelegentlich der Verabschiedung der Reichsfinanzreform seitens der sozialdemokratischen Agitation gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung inszenierte Hetzfeldzug wurde durch ein Broschürchen „Der große Arbeiterbetrug der Sozialdemokratie", worin dargelegt war, daß in erster Linie die abstrakte sozialdemokratische Politik den geringen Einfluß der deutschen Lohnarbeiterklasse auf die Gestaltung der Gegenwartsgesetzgebung verschulde, pariert. Ferner bot die sozialdemokratische Agitation eine günstige Gelegenheit zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung darüber, daß die christliche Arbeiterschaft, obwohl sie alle Ursache habe, mit manchen politischen Vorgängen unzufrieden zu sein, doch am letzten Ende zum Gegenwartsstaate und der Gesellschaft eine ganz andere Stellung einnehmen und beobachten müsse, als die sozialdemokratische Bewegung, daher durch deren meist nur auf Agitation berechnete Politik sich nicht beirren lassen dürfe, sondern sich im Volksleben mit Energie und Ausdauer durchzusetzen bestrebt sein müsse.

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres waren sowohl die Kräfte auf dem Generalsekretariat wie auch die in Norddeutschland stationierten Bezirkssekretäre des Gesamtverbandes verhältnismäßig sehr stark für den neugegründeten Elberfelder Eisenbahnerverband engagiert; nicht ohne Erfolg. Der Verband zählt heute, nach kaum ¾jährigem Bestehen, über 12000 Mitglieder.

Ueber das

Zentralblatt

macht der Bericht folgende Mitteilungen: In der Erscheinungsweise und Ausgestaltung des Zentralblattes ist in 1909 eine Aenderung nicht eingetreten, nur wurde eine „Gewerkschaftliche Rundschau" neu eingeführt. Gegenwärtig wird erwogen, ob nicht auch für andere Gebiete, wie Sozialpolitik, Volkswirtschaft, Ausland, Literatur, ebenfalls eine allmonatliche zusammenfassende Darstellung erfolgen soll. In der demnächstigen Sitzung des Ausschusses des Gesamtverbandes wird darüber weiter verhandelt werden. Sonstige weitergehende Veränderungen dürften sich bis auf weiteres für das Zentralblatt nicht als zweckmäßig und angebracht erweisen. In der Hauptsache soll das Zentralblatt für die Vertrauensleute unserer Bewegung deren derzeitige und nächstliegende Bedürfnisse in organisatorischer, agitatorischer und gewerkschaftstaktischer Hinsicht erörtern und daneben die wichtigeren und wissenswertesten Vorgänge in der Arbeiterbewegung registrieren. Zu einer mehr sozialwissenschaftlichen Ausgestaltung eignet sich das Zentralblatt kaum. Sein Inhalt muß stets darauf Bedacht nehmen, daß der größere Teil seiner Leser — und das sind die im Arbeitsverhältnis stehenden Vertrauensleute —, für die Tagesaufgaben praktische Anregung und Vertiefung erhalten. Sämtlichen Bedürfnissen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist damit auf die Dauer, insbesondere für die besoldeten

Funktionäre und führenden Kräfte, nicht Genüge getan." Es wird sich vielmehr in absehbarer Zeit die Notwendigkeit zur Herausgabe einer besonderen wissenschaftlichen Zeitschrift ergeben, in der nicht bloß Themata, die innerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens liegen, sondern auch solche über wirtschaftspolitische und sozialwirtschaftliche Zeit- und Gesetzgebungsfragen zu erörtern wären. Diese Aufgabe wird spruchreif und realisierbar sein, sobald unsere Bewegung einen noch breiteren Resonanzboden in der deutschen Arbeiterschaft gefunden hat.

Der Schriftenverlag

des Gesamtverbandes schließt ab mit einer Einnahme von 87 501,94 M. und einer Ausgabe von 93 713,61 M. Die Ausgaben waren sonach in vier Jahren um 6211,67 M. höher als die Einnahmen. Ein Defizit darf trotzdem daraus nicht hergeleitet werden, weil bis zum Schlusse des Jahres 1909 der **Bücherbestand** einen Wert von über 15 000 M. erreichte, wozu noch 6100 M. an außenstehenden Forderungen kommen.

Im Berichtsjahre wurden durch den Gesamtverband herausgegeben: 1) Wirtschaftskrisen (Auflage 5000 Exemplare), 2) Protokoll der Verhandlungen des VII. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (10 000), 3) Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1910 (10 000), 4) Aus der Geheimpraxis eines Unternehmerarbeitsnachweises (2700). Weiter verdient an dieser Stelle die Schrift: Giesberts, Friede im Gewerkschaftsstreit? Erwähnung, die ebenfalls im letzten Jahre erschienen ist. Sie wurde zwar nicht vom christlichen Gewerkschaftsverlag herausgegeben, ist aber nichtsdestoweniger neben sonstigen Interessenten auch für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften geschrieben und verdient daher, in deren Kreisen systematisch vertrieben zu werden. Sie kann selbstverständlich auch durch den christlichen Gewerkschaftsverlag bezogen werden.

Kassenbericht.

Einnahmen		120 472,17
Ausgaben		109 089,76
Bestand am Jahresschluß 1909	Mk.	11 382,41

Der Kassenbestand des Gesamtverbandes hat sich sonach in 1909 um M. 6654,06 gegenüber dem Vorjahre verringert; das ist zunächst darauf zurückzuführen, daß im Berichtsjahre der Schriftenverlag das Buch „Posadowsky als Sozialpolitiker", das auf Veranlassung des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses verfaßt wurde und von welchem bis jetzt erst ¼ der Gesamtauflage abgesetzt werden konnte, einstweilen auf seine Rechnung übernahm, die dafür aufgewendeten Ausgaben aber die bisherigen Einnahmen weit überschreiten; weiter auf die Tatsache, daß einzelne Verbände gelegentlich des Kassenabschlusses noch mit etwa M. 2000 Beiträgen aus dem Jahre 1909 im Rückstande waren. Weiter geht aber auch aus der Jahresrechnung hervor, daß einstweilen der Gesamtverband mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln weitere Verpflichtungen nicht übernehmen kann.

P. Rektor Thoß †.

Am 4. März starb in Berlin ein Mann, der den christlich-nationalen Arbeitern des Niederrheins sehr nahe gestanden hat. Es ist der frühere Rektor am Alexianerkloster in Krefeld, der Hochw. Herr P. Joseph Thoß. Als der „Niederrheinische Verband christlicher Textilarbeiter" gegründet wurde, war er einer von den wenigen, die in treuer und selbstloser Weise für den Verband wirkten. Ein Pionier in des Wortes wahrster Bedeutung. Als besondere Schwierigkeiten entstanden, war er derjenige, der sich unerschrocken auf die Seite der Arbeiter stellte und mit Rat und Tat das Fortschreiten des christlichen Verbandes fördern half. Keine Mühe war ihm zu groß, kein Weg war ihm zu lang, kein Hindernis war imstande, ihn abzuhalten von dem, was er als richtig erkannt hatte. Wer erinnert sich nicht der schönen Versammlungen, die auf dem Lande abgehalten wurden, wo er den „dummen Bauern", wie die „Aufgeklärten" ihre Arbeitsgenossen nannten, „ein Licht" aufsteckte. Schwungvoll und begeisternd klangen seine Reden. Da wurden die Schwankenden gehalten, die Verlorenen zurückgewonnen und die Gegner in ihre Schranken gewiesen. Aber nicht nur auf dem Lande, auch in der Stadt Krefeld wird sein Wirken unvergessen bleiben.

Als im Jahre 1899 der Samtweberstreik ausbrach, woran der christliche Verband mit über 400 Mitgliedern beteiligt war, da wurde es manchem führenden Kollegen bang ums Herz. Denn bei einem Kassenbestand von weniger als 2000 Mark 400 Mitglieder zu unterstützen, war ein Kunststück, das noch gelernt werden mußte. Doch es gelang; es gelang dank der Opferwilligkeit der christlichen Arbeiter und dank der Hingabe und Aufopferung des Herrn Rektors.

Was er für uns in dieser schweren Zeit getan, was er geopfert und gelitten hat, wissen nur wenige, wissen nur die, die damals durch das Vertrauen ihrer Kollegen berufen waren, dem Verbande aus der schwierigen Situation herauszuhelfen. Und wie schlicht und bescheiden war dieser Mann. Nicht nach Ruhm und Glanz sehnte er sich, nein, er gab alles, was er hatte, ohne Dank und Ehre dafür zu erwarten. Ihm schlug ein goldenes Herz im Busen. Wie freute er sich an dem Fortschritt der christlichen Arbeiterbewegung, wie freute er sich an dem Sieg, der unter schweren Opfern errungen wurde. Und als die Stunde des Scheidens kam, als er von Krefeld aus in die Genossenschaft der Priester vom Herzen Jesu trat, da fühlten wir erst recht, was uns dieser Mann gewesen war. In der gemeinsamen Arbeit hatten sich auch die Herzen zu einander gefunden. Wir achteten und verehrten diesen Mann nicht bloß, wir liebten ihn auch. Ihm wurde das Herz schwer, als eine Deputation der Krefelder Ortsgruppe ihm im Namen des Verbandes ein sinniges Geschenk zum bleibenden Andenken überreichte. „Kann ich, so sagte er, auch nicht mehr persönlich bei euch weilen, meine Gedanken werden bei euch sein und meine besten Wünsche werden eure Arbeiten begleiten."

Als Schreiber dieser Zeilen voriges Jahr in Aachen zufällig mit ihm zusammentraf, da gab er seine aufrichtige Freude kund über das Aufblühen des Verbandes. Damals nach dem Streik 1899 zwei Pfennig Wochenbeitrag und 7000 Mark Schulden und heute (1909) bis zu 70 Pfennig Wochenbeitrag und über 500 000 Mark Vermögen. „Arbeiten Sie so weiter," so war sein Abschiedswort, „Mit Gott für eurer Recht."

Nun ist er dahingegangen, dieser uneigennützige Helfer und Berater, der schnellste Reiter, der Tod, hat auch ihn ereilt. Doch werden seine Taten und sein Name fortleben in den Herzen der christlichen Textilarbeiter. Da hat er sich ein Denkmal gesetzt, das die Denkmäler von Stein überdauern wird. Möge der allmächtige Gott ihm vergelten, was er Gutes hier auf Erden gewirkt hat. In der Erinnerung an ihn wollen wir neuen Mut und neue Begeisterung für unsere Verbandsarbeit schöpfen. sch.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Bezirk Krefeld.

Erfolgreiche Bewegungen in Stoffbetrieben. Schlimme Zeiten waren es, die die Stoffweber während der Krise haben durchmachen müssen. Kurze Ketten und Coupons, umfangreiche Vorrichtungsarbeiten, Warten auf Material, Abzüge und besonders Verarbeitung schlechten Materials, das sind die Klagen, die bei den Stoffwebern an gang und gäbe waren. Wenn auch im allgemeinen die Konjunktur sich gebessert hat, so liegen doch die Verhältnisse infolge der angeführten Tatsachen noch **sehr ungünstig**. In manchen Betrieben sind die Arbeiter **gezwungen**, ihre Last geduldig zu ertragen, **weil eben das Mittel der Organisation fehlt**. Die Arbeiter anderer Betriebe dagegen, die etwas mehr Verständnis für die Organisation haben, **konnten ihre Verhältnisse in den letzten Wochen wesentlich verbessern, oder aber Verschlechterungen abwehren.**

In Lobberich bei Niedick, wo unser Verband dominierend ist, **wurde eine 20%ige Lohnreduzierung abgewehrt**. Ebenfalls wehrten die Bandweber bei der Firma C. Reiß **Krefeld** eine Lohnreduktion ab. Während bei diesen beiden Abwehrbewegungen ein Erfolg erst **nach mehrwöchigen Streiks** möglich war, wurden bei weiteren zwei Lohnbewegungen und zwar bei den Firmen G. **Königsberger St. Tönis und van Biema Amern-St. Georg ohne Kampf durch mehrmalige Verhandlungen nennenswerte Verbesserungen erzielt.**

In beiden Firmen war der Haupt-Differenzpunkt die **Vergütungsfrage bei Verarbeitung schlechten Materials bezw. Einführung besseren Materials.** Außerdem hatten die Arbeiter beider Firmen noch mehrere andere Forderungen gestellt. Bei der Firma Königsberger erzielten die Arbeiter in der Hauptsache folgendes:

Für Verarbeitung von schlechtem Material wird Vergütung gezahlt. Die Firma will jedoch besonders Sorge tragen, daß stets gutes Material vorhanden ist. Die Winderinnen erhalten für die feinste Nr. Grege pro Kilo 10 Pfg. Lohnerhöhung, ferner wurde eine bessere Einteilung und gleichmäßige Verteilung der Arbeit zugesagt.

Die Scheererinnen erhielten eine Erhöhung des Lohnes für Grege in Form von Baumgeld, auch wurden ihnen erleichternde Aenderungen in der Arbeitsmethode zugesagt.

Den Bandwebern wurden Verbesserungen betr. Vorrat von Material zugesagt. Sodann wurde noch bewilligt, daß bei Abschlagen von Fäden letztere in Tagelohn gemacht werden sollen.

Die Arbeiter der Firma **van Biema u. Co.** in **Amern** erhielten unter anderem folgende Zusagen:

Für mehrere Werke, die gegenüber anderen ungünstig standen, wird der Lohn von 10 bis 25% erhöht. Die Scheerlöhne werden allgemein für längere Ketten um 6% erhöht. Außerdem wurde für Eisengarnketten Doppellohn bewilligt. Ferner wurde bewilligt für Warten auf Ketten Vergütung nach dem ersten Tage, bei Warten auf Einschlag Vergütung sofort.

Das bedeutendste Zugeständnis ist jedoch die Einführung einer besseren Qualität Material. Dadurch wird es den Arbeitern möglich, bedeutend mehr zu produzieren und zu verdienen. Sodann erklärte sich die Firma bereit, **zu jeder Zeit über vorliegende Wünsche mit dem Arbeiter-Ausschuß zu verhandeln.** Andere kleinere Punkte wurden ebenfalls glatt erledigt. Bei dieser Bewegung kam **nur unser Verband** in betracht.

Kollegen und Kolleginnen allerwärts, **sorgt für die Stärkung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, damit es euch möglich wird, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen.**

Berichte aus den Ortsgruppen.

Eilenburg. Am 27. Febr. hatten wir Generalversammlung. Die seitherigen Vorstandsmitglieder wurden sämtlich wiedergewählt. Die Kollegin Krautschneider aus Forst war als Referentin anwesend und gab uns mancherlei Winke und Anregungen. — Abends hielt das Gewerkschaftskartell sein Stiftungsfest ab. Der Besuch war gut. Unsere Kollegin Krautschneider hielt eine Festrede über die Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft. Ihre Ausführungen erweckten allerseits Interesse und fanden lebhaften Beifall. Mögen nun die Mitglieder immer so zahlreich erscheinen wie diesmal.

Euskirchen. In unserer Generalversammlung wurden die Kollegen Joseph Kremer als Kassierer und Wilhelm Schirmer als zweiter Schriftführer wieder- und Joseph Marx als Beisitzer neugewählt. Kassenrevisoren wurden die Kollegen Jos. Scheffen und Gottfr. Scherfgen. **Mitglieder** hatten wir Ende 1908 184, davon 9 weibliche und Ende 1909 202, davon 17 weibliche. Abonnenten auf die „Textilarbeiter-Zeitung" haben wir 3. Unsere Mitglieder zahlen in folgenden Beitragsklassen: 3 in der Klasse zu 60 Pfg., 59 in der Klasse zu 50 Pfg., 40 in der Klasse zu 40 Pfg. und 26 in der Klasse zu 30 Pfg. Die **Einnahmen** der Ortsgruppe betrugen 3516,10 M. An Krankenunterstützung wurden ausbezahlt 320,40 M., an Arbeitslosenunterstützung 170,30 M., an Sterbegeld 50 M. In der Ortsgruppenkasse, die viermal vom Vorsitzenden und den Revisoren geprüft worden ist, befand sich Ende 1908 ein Bestand von 230,43 M., Ende 1909 229,80 M. Im Berichtsjahre fanden vier Mitgliederversammlungen, neben Vorstandssitzungen (davon vier mit den Vertrauensmännern) und fünf Fabrikbesprechungen statt. Vier Kollegen nahmen am Gewerkschaftskongreß in Köln teil, einer an der Bezirkskonferenz in Aachen. An der Familienfeier sowie an dem Kartellfest beteiligten sich unsere Mitglieder vollzählig. Mit dem Beitragswesen sowie dem Mitgliederverhältnis können wir vorläufig zufrieden sein, besonders da die Agitation noch immer rüstig weiter geht. Wir haben augenblicklich schon 210 Mitglieder.

Forst (Lausitz). Ueber die Tätigkeit der Kommission zur Ueberwachung der Durchführung des zehn- bezw. achtstündigen Arbeitstages wurde in der Versammlung am 26. Febr. berichtet. Daraus war zu entnehmen, daß die planmäßige Ueberwachung der neuen Arbeitszeit äußerst nötig sei, denn eine ganze Menge von Uebertretungsfällen seien gemeldet worden. Verschiedene Mißstände in anderen Betrieben wurden im Anschluß hieran besprochen. Nach Bekanntgabe des Berichtes vom vierten Quartal 1909 wurde der Kollege Jos. Schneider zum zweiten Schriftführer gewählt. Ueber **die deutsche Arbeiterversicherung und die Beteiligung der Arbeiter an ihrer Durchführung** sprach dann Kollege R. Kügel-Magdeburg. Wie überaus notwendig die Aufklärung der Arbeiterschaft auf diesem Gebiete ist, wurde durch den Vortrag nachgewiesen. Auch in der Diskussion kam zum Ausdruck, daß mancher Arbeiter eine geringe oder gar keine Rente erhielt, weil er über die einschlägigen Versicherungsgesetze nicht die gebührende Kenntnis hatte. — Beschlossen wurde ferner, am ersten Osterfeiertag, abends 7 Uhr beginnend, im Verkehrslokal zum Prälaten ein zwangloses Beisammensein zu veranstalten. Alle Mitglieder sind dringend dazu eingeladen.

Glauchau. Unsere Ortsgruppe konnte am 27. Febr. ihr fünftes Stiftungsfest begehen. Dasselbe war sowohl von Mitgliedern wie auch von Gästen gut besucht. Fräulein Lohse sprach einen sinnigen Prolog, der auf die Gründung und Entwicklung der Ortsgruppe Bezug nahm. Kollege Gehrmann begrüßte die Erschienenen noch besonders. Bezirksleiter Kollege Rümmele hielt die Festrede. Klein und unscheinbar wurde vor fünf Jahren das Werk angefangen, und manche Schwierigkeiten gab es zu überstehen. Von sieben Kollegen ist die Zahl gewachsen auf 60 Kollegen und Kolleginnen. Eine Zahlstelle der christlichen Metallarbeiter konnte neuerdings gegründet werden. Auch in ideeller Hinsicht sind Fortschritte zu verzeichnen. Die Kollegen und Kolleginnen haben den christlichen Gewerkschaftsgedanken in sich aufgenommen, sodaß eine feste Kerntruppe vorhanden ist. — Ernstes und Heiteres wechselte miteinander ab. Kollege Unger trug ein schönes Gedicht vor, das die Teilnehmer zur Werbearbeit und zum Beitritt aufforderte. Auch der Damenchor des evangelischen Arbeitervereins unter Leitung des bewährten Herrn Lehrers Persch trug einige ansprechende Lieder vor. Ihnen allen dankte der Vorsitzende herzlich für ihre Mitwirkung.

Hehn. Unsere Generalversammlung am 20. Febr. zeigte ein erfreuliches Bild. Trotz aller Gegenströmungen ist ein Aufschwung der Ortsgruppe zu verzeichnen. Dies stärkt den Eifer und die Arbeitslust aller Verbandsfunktionäre am Ort. Alle Vertrauensmänner waren bereit, ihr Amt weiter auszuüben. Auch die Ergänzung des Vorstandes ging glatt von statten.

Eine **öffentliche Versammlung**, die am 27. Febr. stattfand, brachte uns auch einen Vertreter der Hirsch-Dunckerschen nach Hehn. Nach einem Referat des Kollegen Herzhoff aus Rheydt, ergriff dieser das Wort, um gegen ein Flugblatt, das von anderer Seite ausgegeben worden war, zu polemisieren. Jedoch blieb man ihm die Antwort nicht schuldig. Des weiteren wollte der von der Generalversammlung in Augsburg endgültig ausgeschlossene frühere Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Heinen, die Anwesenden vor dem Beitritt in den Verband gruselig machen. Nachdem auch diesem eine gepfefferte Abfertigung zuteil geworden war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, sich recht zahlreich der Organisation anzuschließen.

Herolz. In unserer Versammlung vom 27. Febr. war unser Bezirksleiter, Kollege Müller-Bamberg, anwesend, der zunächst die Kollegen Möller und Loz zu ihrem silbernen Arbeitsjubiläum beglückwünschte und dann einen Vortrag hielt über die Gegner unseres Verbandes. Zum Schlusse wurde die Arbeitslosenunterstützung gründlich erklärt, da hierüber viele Unklarheiten bestanden.

Hüls. Eine so gut besuchte und anregend verlaufene Versammlung, wie die vom 27. Febr., hatte unsere Ortsgruppe lange nicht mehr gehabt. Der Vorsitzende W. Jentges erstattete den Jahresbericht. Aus demselben sei folgendes angeführt: Es fanden pro 1909 acht Vorstandssitzungen statt und sechs Mitgliederversammlungen. Die öffentliche Versammlung war mit dem zehnjährigen

Unsere Hausfrauen.

Von L. Thach.

> Eine gute Hausfrau ist eine glänzende Perle, und wie man diese nicht mit Essig begießen darf, ohne sie zu zerstören, so darf man die Hausfrau nicht mit Schärfe behandeln, wenn sie ihren Glanz behalten soll.
>
> v. Hohberg.

Ein liebes, treues Weib, das verständnisvoll unsere Arbeiten, Mühen und Sorgen anerkennt und zu schätzen weiß, das in unserer Ehre nur die eigene sieht, im Glücke sich mit uns freut und im Unglück teilnehmend und aufrichtend uns zur Seite steht, das in unsere Eigenarten sich zu schicken weiß, unserer Aufregung Ruhe und Geduld entgegensetzt und nachher durch freundliche, besänftigende Worte Zerstreuung auszugleichen und unser Angesicht aufzuheitern vermag, das in gesunden Tagen ohn' Ende mit uns die fleißigen Hände regt und in der Krankheit liebend und aufopfernd uns pflegt; eine treuergebene Gattin, die sorgsame Mutter unserer Kinder, deren Leben in der Sorge um das Glück und Wohlergehen der ihrigen ganz aufgeht, eine tapfere, kluge Hausfrau, mit der wir alle unsere Berufs- und Familiengeheimnisse teilen und besprechen können, die hier zu frischem Wagen uns ermuntert und dort zu weiser Zurückhaltung mahnt: welch **größeres und kostbareres Kleinod** könnte es für den Mann geben! Mit einem solchen Weibe in Eintracht zu hausen und zu wirtschaften, ist das nicht ein **hohes Glück**?

Gleich wie den Wanderer, der nach langer, mühevoller Reise zurückkehrt, der Anblick der heimatlichen Fluren freudig stimmt, so wird auch den Arbeiter nach vollbrachter Schicht der Anblick seiner bescheidenen Wohnung beglücken, wo ihn sein liebes Weib, die treubesorgte Mutter seiner Kinder, die gewissenhafte und zuverlässige Verwalterin seines Hauswesens sehnsüchtig erwartet. Ein Haus ohne Weib aber ist ein Garten ohne Blumen, ein Tag ohne Sonnenschein.

Ohne die Hilfe einer umsichtigen Hausfrau wird auch im Lebensglück des Arbeiters kaum der rechte Erfolg sich zeigen, denn alles, was der Mann durch Kenntnisse, Fleiß und Umsicht erringt, muß durch die Gewissenhaftigkeit, Sparsamkeit und Sorgfalt der Hausfrau erhalten, verwahrt und in zweckentsprechender Weise ausgeteilt und verwendet werden, wenn es zum guten Gedeihen führen soll.

Der Arbeiter aber, der das Glück hat, eine solche Hausfrau zu besitzen, wird dieses Kleinod immer von neuem zu schätzen, zu hegen und zu pflegen suchen. Er wird sie durch eine liebevolle Behandlung immer fester an sich knüpfen und ihrer Tätigkeit die wohlverdiente Anerkennung nicht versagen. Der verständige Mann wird seiner Frau in der Einrichtung des Haushaltes sowie bei etwaigen Veränderungen desselben nach Möglichkeit freie Hand lassen und ihr öfters durch ein unerwartetes sinniges Geschenk eine Freude bereiten. Aber auch dann, wenn er glaubt, einen Wunsch seiner Gattin nicht befriedigen zu können, wird er niemals die schuldige Rücksicht gegen sie außer acht lassen und in liebenswürdiger Weise seine Gründe angeben. Ein gutes Wort findet einen guten Ort. Das gilt namentlich im Familienleben.

Durch Fleiß, Sparsamkeit und Familiensinn wird es gerade dem Arbeiter ein leichtes sein, das Vertrauen und die Liebe seines Weibes sich zu erhalten. Alle wichtigen Fragen, so insbesondere die Erziehung und Berufswahl der Kinder, notwendige Anschaffungen, Einrichtung und Aenderungen der Wohnung usw., wird er stets zuerst mit seiner Frau besprechen und sie dadurch zu freiwilliger, ausbringender Mitwirkung anregen. Dann wird sich die Hausfrau so recht als solche fühlen und den heranwachsenden Kindern gegenüber die rechte Autorität besitzen.

Aber nicht nur daheim, auch außerhalb der Häuslichkeit zeige der Arbeiter in seinem ganzen Benehmen, mit welcher Liebe und Hochachtung er seiner Lebensgefährtin zugetan ist. [illegible] Mann und Frau [illegible] in der Kindererziehung [illegible] [illegible] Beziehung [illegible] Hausgärtchens, der Besuch freundlicher Nachbarn, ein Spaziergang in Feld, Wiese und Wald, das sind und bleiben die schönsten Erholungsstunden für die Familie. Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß nicht auch der Arbeiter bei frohen Festen, in fröhlicher Laune mit Frau und Kindern die Strapazen und Sorgen des Alltagslebens vergessen soll. Im Gegenteil: Wer in schwerer Arbeit die Woche hindurch vor der Esse in der Fabrik oder am Webstuhl steht, hat am Sonntag ein doppeltes Anrecht auf Freude und Erholung. Dem wahren Freunde des Arbeiterstandes aber tut es wehe, wenn er die Beobachtung macht, daß so viele für den Familienausflug am Sonntag Nachmittag kaum ein anderes Ziel kennen, als die **Gartenrestaurationen**, und lieber dem **Gekrächze eines heiseren Grammophons** oder dem **Gepolter eines elektrischen Leierkastens** lauschen, als da draußen dem Waldkonzert der Singvögel.

Es war eine schöne Zeit, da auf dem Lande die Nachbarn und Bekannten an Sommerabenden und Sonntagnachmittagen unter dem Lindenbaum oder auf der selbstgezimmerten Holzbank vor dem Hause zusammenkamen, das **echte deutsche Volkslied** pflegten und in gegenseitigem Meinungsaustausch und traulichem Gespräche Freud und Leid miteinander teilten. Dabei kam auch der Frohsinn der Hausfrau so recht zur Geltung.

Gott sei Dank! gibt es auch heute noch recht viele tüchtige Hausfrauen, nicht nur auf dem Lande, sondern auch in der Stadt. Möchten sie auch für die Zukunft insbesondere unserem deutschen Arbeiterstande erhalten bleiben. Dazu ist es vor allem notwendig, daß die Arbeitertöchter in der rechten Weise erzogen werden. Hierzu mitzuwirken, sind neben der Schule wieder vor allem unsere Hausfrauen selbst berufen. Insbesondere muß die Mutter in der stillen Häuslichkeit wahre Gottesfurcht in das [illegible] des jungen Mädchens pflanzen. In allem [illegible] die Mutter der Tochter zum Vorbild [illegible] [illegible] angemessener Arbeit [illegible] Erziehung zu [illegible] sagung, zur Einfachheit und Liebenswürdigkeit müssen unsere Mädchen auf ihren Beruf vorbereitet werden. Sodann wird auch unsere Volksschule bei dem gesamten Mädchenunterrichte auf den künftigen Beruf der Tochter als Hausfrau, Gattin und Mutter stets die gebührende Rücksicht zu nehmen haben. Diese vorbereitende Tätigkeit der Volksschule muß ergänzt und vervollständigt werden in den Haushaltungs- und Fortbildungsschulen. Gegenüber der modernen Frauenemanzipation muß die Mädchenerziehung immer und immer wieder betonen, daß neben echter Religiosität der schönste Schmuck der Frau ist: Eingezogenheit, Bescheidenheit und Sittsamkeit. Der Grundsatz unserer Frauen muß sein und bleiben: **Mein Haus ist meine Welt!**

> O Haus, mein Haus, du süße Statt
> Von reinem, sel'gem Sichverstehen,
> Du Vorbild jener heiligen Stadt,
> Drin ew'ge Friedenspalmen wehen.

In dem Maße es uns gelingt, in diesem Sinne das Mädchen für seinen Beruf als Mutter und Hausfrau vorzubereiten, wird das eheliche Leben unseres zukünftigen Geschlechtes gefestigt und veredelt, der Mann an den häuslichen Herd, an dem er Ruhe, Glück und Zufriedenheit findet, gefesselt und die Kindererziehung wieder in die rechten Bahnen geleitet werden. **Das Haus, in dem die züchtige und fleißige Hausfrau, die fromme Mutter waltet, dieses Haus ist eine feste Burg, in welche der moderne Zeitgeist der Vergnügungssucht und der Lieblosigkeit nie und nimmer einzudringen vermag.** Wenn alsdann die sittlich religiöse und geistige Ausbildung unserer Mädchen mit ihrer körperlichen Entwickelung in harmonischem Gleichgewichte bleiben, wenn namentlich auch letztere nicht vernachlässigt wird, dann werden unsere Töchter zu kräftigen, an Körper, Geist und Herz gesunden und für den Haushalt gründlich vorgebildeten Frauen sich entwickeln, die unter der liebevollen Leitung eines verständigen Mannes auch für die Zukunft **häusliches Glück** begründen.

Stiftungsfeste verbunden. Kollege Jentges sprach über die Entstehung unseres Verbandes, Kollege Heutmann-Düsseldorf über die Arbeiterinnenfrage. Die Jahreseinnahme betrug 3842,32 M., an die Zentrale wurden abgeschickt 2344,07 M., Bestand der Ortsgruppenkasse 535,39 Mark. An Arbeitslosenunterstützung wurden 22 M. ausgezahlt, an Krankengeld 374,30 M. Am Schlusse des Jahres hatten wir 192 Mitglieder, 162 männliche und 30 weibliche, 15 Mitglieder sind uns im Laufe des Jahres verloren gegangen. 18 Kollegen erklärten sich bereit, eine Hausagitation abzuhalten, das Resultat war leider sehr minimal. Im Sommer versuchte der Vorstand eine Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes zu gründen, der Versuch scheiterte an der Interesselosigkeit der hiesigen Metallarbeiter. Bei der Vorstandswahl wurden die ausscheidenden Kollegen Heinr. Hansmann und Joh. Weckes wiedergewählt. Von mehreren Kollegen wurden Mitteilungen gemacht über Mißstände in den hiesigen Betrieben. Der Vorstand wurde beauftragt, diese Angelegenheiten zu untersuchen, damit dagegen Stellung genommen werden kann. Zum Schlusse wurde noch beschlossen, gemeinsam mit den Ortsgruppen des christlichen Keramarbeiterverbandes, des christlichen Bauhandwerkerverbandes und mit dem katholischen Arbeiterverein am 20. März eine öffentliche Versammlung abzuhalten.

NB. Allen zur Kenntnis, daß von jetzt ab regelmäßig alle zwei Monate am letzten Sonntag des Monats, im Sommer morgens, im Winter abends eine Versammlung stattfindet.

Krumbach. Die am 19. Febr. von seiten der „freien" Gewerkschaften einberufene öffentliche Versammlung war sehr gut besucht. Auch die in Krumbach christlich organisierten Textilarbeiter und -Arbeiterinnen hatten sich vollzählig eingefunden. Die Versammlung selbst sollte den Zweck haben, die Textilarbeiter Krumbachs über die im dortigen Betriebe vorgenommene Lohnreduktion aufzuklären, denselben Wege zu zeigen, auf denen sie sich aus ihrer traurigen Lage retten können. Leider wurden die Arbeiter in dieser Hinsicht sehr getäuscht, denn der Hauptzweck bestand im Mitgliederfang für die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften, das bewies schon die Aeußerung des Referenten, Genosse Deffner-Augsburg, die letzterer zu Beginn der Versammlung dem Vertreter der christlichen Gewerkschaften gegenüber machte, als er diesem sagte, „was denn er in Krumbach wolle, nachdem doch zu gleicher Zeit in Günzburg eine Zentrumsversammlung wäre, in der über die Steuerhetzer gesprochen werde". Deffner deutete auch an, daß für ihn in dieser Versammlung jede Agitation für seinen Verband verboten wäre. Der Vorsitzende der hiesigen christlichen Ortsgruppe gestattete sich, auf Verlangen eines Arbeiters, einige Aufnahmescheine abzugeben. Sofort war ein Genosse bei der Hand, um die Zettel dem Arbeiter nach Genossenart wieder abzunehmen. Im ersten Teile des Referates zog Genosse Deffner über das Zentrum und dessen Steuerpolitik los. Er könne, sagte er, stolz darauf sein, daß die Sozialdemokraten nur als Steuerhetzer verschrieen werden, daß sie aber doch nicht die Steuermacher seien. Im weiteren Ausführungen rügte Deffner die Verhältnisse der hiesigen Weberei scharf, um zugleich Verhetzung der Arbeiter gegen die Direktion zu betreiben. Schließlich mußte wiederum das Zentrum mit seiner Machtstärke im bayerischen Landtag herhalten. Es habe auch diesmal die Anträge der Sozialdemokratie in der Steuerfrage niedergestimmt. Um die Anwesenden auf den richtigen — natürlich sozialdemokratischen — Lesestoff aufmerksam zu machen, bemerkte Redner, daß vor allem die „Neue Augsburger Zeitung" kein Blatt wäre, das die Interessen der Arbeiter vertrete: das würde nur die „Schwäbische Volkszeitung" tun, dieselbe sollte deswegen von jedem Arbeiter gehalten werden. Also plumper Abonnentenfang! Um den anwesenden Christlichen weitere Schläge zu versetzen, meldete sich noch ein Obergenosse zur Diskussion, bemerkend, es möchten sich alle Anwesenden dem „deutschen" Textilarbeiterverband anschließen, weil der christliche Verband keinen Wert habe und die Interessen der Arbeiter in keiner Weise vertreten könne. Die sodann gefaßte Resolution, daß die Arbeiterschaft eine Lohnreduzierung energisch zurückweist resp. gegen dieselbe protestiert, wurde einstimmig angenommen, da auch der Vertreter der christlichen Organisation seine Mitglieder aufforderte, derselben zuzustimmen, in der Ueberzeugung, daß die traurigen Lohnverhältnisse es erheischen und die gesamte Arbeiterschaft nicht unter der Aeußerung eines einzelnen Radaugenossen leiden sollte. Der Verlauf der Versammlung zeigte wieder einmal, daß „freie" Gewerkschaft und sozialdemokratische Partei eins sind, und dann, daß es sich bei allem nur um das Interesse der Sozialdemokratie handelt. Darum auch der immer wiederkehrende Abonnentenfang, den man richtig als Gimpelfang bezeichnen kann.

Meißen. Von der hiesigen Jutespinnerei und -Weberei wird bekannt gegeben, daß der Aufsichtsrat beschloß, der für den 4. April einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen: Aus dem sich nach Vornahme von M. 103 520 Abschreibungen ergebenden Reingewinn, in Höhe von M. 728 134 (im Vorjahre M. 821 230) die Verteilung einer Dividende von 20 Prozent (wie im Vorjahre) und für Ueberweisungen von Gratifikationen an Beamte und Arbeiter M. 60 000 (wie im Vorjahre), an den Pensions- und Unterstützungsfonds M. 40 000 (wie im Vorjahre).

Münchenbernsdorf. In unserer letzten Monatsversammlung konnte unser Vorsitzender, Kollege Kubitz, auch einige neue Kollegen und Kolleginnen begrüßen. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Fößler einstimmig gewählt. An der Frühjahrskonferenz in Glauchau sollen die Kollegen Kubitz und Neumann teilnehmen. Der Bezirksleiter, Kollege Rümmele, hielt uns einen längeren Vortrag über Frauenarbeit und Familie, wobei er besonders die ganz andere Stellung der Frau in unserer Zeit gegen früher darlegte und auf die Schattenseiten dieser Entwicklung (Gesundheit, Familie, Kindererziehung) hinwies. Aus einzelnen Betrieben wurden Klagen laut inbezug auf die Durchführung der neuen Arbeitszeit an den Sonnabenden. Es ist notwendig, daß alle Mitglieder über die Einhaltung der neuen gesetzlichen Vorschriften wachen.

Schwelm. In der Notiz in voriger Nummer hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Unser Ortsgruppenvorsitzender heißt August Prange.

Stieghorst. Nach Eröffnung der Versammlung erstattete der Vorsitzende des Arbeiterausschusses, Kollege Kriemelmann, den Bericht über die am 21. Febr. stattgefundene Ausschußsitzung. Da sich im Laufe der Zeit wieder Mißstände im Betriebe eingeschlichen hatten, waren die Wünsche und Forderungen der Arbeiter formuliert und der Firma mit dem Bemerken eingesandt worden, eine Ausschußsitzung anzuberaumen und den Wünschen der Arbeiter nachzukommen. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß von der Firma fortan nur allerbestes Material zur Verarbeitung beschafft werden soll. Das hauptsächlich seit Jan. d. J. häufig vorkommende Warten auf Material soll beseitigt werden. Jacquardweber erhalten bei Musterdefekt, falls dieselben warten müssen, Vergütung. Der Tagelohn, der bisher durchschnittlich 2,50 M. betrug, wurde auf 3,00 M. festgesetzt. Ferner sollen volle Kettbäume gegeben werden. Probeketten und Abschneiden von Bäumen wird vergütet. In der Scheererei wird, dem Wunsche der Arbeiter entsprechend, [illegible]

gestellt. Bei etwaigen Ordnungsstrafen muß dem Weber sofort Mitteilung gemacht werden. Die Lohnliste liegt zur Einsicht der Arbeiter im Komptoir aus. Die Lohnzahlung geschieht Mittwochs. Lohnschluß ist Donnerstags 12 Uhr mittags. Wenngleich die Firma auch nicht alle Wünsche der Arbeiter bewilligte, so sind wir doch unbestreitbar ein gutes Stück weiter gekommen. Das zeigte auch die Abstimmung der zahlreich besuchten Versammlung, indem sämtliche Anwesenden sich mit dem Erfolge zufrieden erklärten. Es wurde ferner beschlossen, Lohnzahlungsbücher einzuführen, um bei etwaigen Differenzen Material zur Hand zu haben.

Aus unserer Industrie.

Die Lage auf dem Baumwollmarkte

weist noch immer nicht die Festigkeit und Zuverlässigkeit auf, die im Interesse unseres Gewerbes zu wünschen wäre. Doch ist aus den letzten Wochen eine merkliche Belebung zu konstatieren. „An den Märkten nordamerikanischer Baumwolle, so meldet die „K. V." unterm 27. Februar, zeigten in der letzten Woche die Preise zahlreiche und heftige Schwankungen; besonders beim Beginn der Berichtswoche lagen seitens amerikanischer Leerverkäufer am Liverpooler Markte sehr bedeutende Verkaufsaufträge vor, welche die Preise stark herabdrückten. Im weiteren Verlaufe der Woche trat aber Beruhigung ein, während zum Schluß entschieden feste Stimmung sich bemerkbar machte. Die niedrigen Preise bewirkten in Manchester größere Kauflust für Garn und fertige Gewebe. So wird berichtet, daß ein bedeutender Verbraucher von Garnen allein 5 Mill. Pfund Garn in Auftrag gegeben hat. Durch die während der letzten Wochen erfolgten Leerverkäufe ist die Lage insofern auch wieder gesunder geworden, als nunmehr größeres Deckungsbedürfnis vorhanden sein dürfte. Jetzt hatten die Preise nordamerikanischer Baumwolle einen Stand erreicht, der sich einen vollen Penny unter den höchsten Preisen vom Dezember bewegt."

Man fragt sich nun: Wird die Abschwächung der Preise anhalten oder wird bis zu der neuen Ernte die Hausse nochmals einsetzen und das hohe Niveau der letzten Zeit erreichen, ja überschreiten? Man begegnet der letzteren Ansicht namentlich unter Hinweis auf die statistische Lage, die namentlich durch die Schätzung der letzten Welternte sehr unbefriedigende Ziffern bietet. Alle Achtung vor der Statistik, aber wenn man die Art und Weise kennt, wie diese Statistiken zustande kommen, so wird man allen diesen Ziffern nur sehr bedingten Wert beimessen können. Vor allem hat sich auf dem Baumwollmarkt noch immer herausgestellt, daß die sogenannten Ernteschätzungen hinter der Wirklichkeit weit zurückbleiben, wobei nicht bestritten werden kann, daß die zu erwartende Ernte nicht besonders reichlich ausfallen wird. Aber die Baumwollspekulanten treiben auf Grund irriger Berichte die Preise gerne in die Höhe, und man braucht sich nicht zu wundern, wenn die Baumwollpreise wieder einen außergewöhnlichen Stand erreichen werden.

Es wäre endlich an der Zeit, wenn die Baumwollverarbeiter gegenüber den immer unerträglicheren Spekulationsmanövern der amerikanischen Börsen Gegenmaßregeln treffen würden, die es verhinderten, daß die Preisschwankungen in so sinnloser Weise ausarten könnten, wie dies seit mehreren Jahren nun zu beobachten ist. Die internationale Vereinigung der Baumwollspinner ist nicht und wird nicht in der Lage sein, solche Gegenmaßregeln zu treffen. Hierzu sind in erster Linie nationale Vereinigungen der Interessenten nötig, deren Aufgabe es sein muß, den Einkauf der Rohbaumwolle so zu organisieren, daß die Eindeckung zu den Zeiten im Jahre erfolgen kann, in denen Baumwolle relativ niedrig steht. Wenn die großen Verbraucher sich zusammentun, um den Einkauf gemeinsam für den deutschen Markt zu organisieren, so würden damit die Schäden der wilden Preistreibereien in Amerika für Deutschlands Baumwollgewerbe wesentlich abgeschwächt werden können.

* * *

Die internationalen Betriebseinschränkungen in der Baumwolle

sind nunmehr in fast allen Industriestaaten durchgeführt. Sie sind in erster Linie veranlaßt durch die ungeheure Vermehrung der Spindelzahl in den letzten Jahren, sodaß die vorhandenen Rohvorräte an Baumwolle die Spindeln gar nicht alle in Gang zu halten vermögen und tatsächlich eine Ueberproduktion zu verzeichnen ist. Hohe Baumwollpreise und schlechte Ernteaussichten kommen dann noch hinzu. In Oesterreich ist das Uebereinkommen auf gemeinsame Betriebsreduktion als perfekt erklärt, da die eingelaufenen Beitrittserklärungen die bedungene Mindestbeteiligung der Besitzer von 90 Prozent der in Betracht kommenden Spindeln erreicht haben. Die Beitrittserklärungen umfassen rund 3 400 000 Spindeln. Hierzu kommen die Besitzer von 100 000 Spindeln, die, ohne das Uebereinkommen zu unterzeichnen, erklärt haben, eine Betriebsreduktion im annähernd gleichen Ausmaße durchführen zu wollen. Die in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1910 durchzuführende Reduktion beträgt 33⅓ Prozent einer sechsmonatlichen Normalproduktion für die für den Bedarf der mit den Spinnereien verbundenen Webereien arbeitenden Spindeln. Die effektive Durchführung der Einschränkung beginnt spätestens am 19. März. In Amerika belaufen sich die Betriebsreduktionen auf 10 Prozent. Neben den Vereinigten Staaten ist England der größte Konsument von Baumwolle, und die Spinnervereinigung beschloß dort kürzlich die Verlängerung der Betriebsreduktionen bis 26. April. In Frankreich ist ebenfalls eine Aktion zu gemeinsamer Einschränkung des Betriebes im Gange, während in Belgien bis Ende März an einem Tage der Woche gefeiert wird. In Italien haben Betriebe mit ungefähr einer Million Spindeln den Stillstand an 1½ bis 2 Tagen wöchentlich vereinbart. In Russisch-Polen wird ebenfalls nur mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet, und in der Schweiz ist mit Wirkung von Mitte Februar an für drei Monate eine Betriebsreduktion von 15 Prozent beschlossen worden. In Deutschland ist mit Beginn des Jahres 1910 die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen auf 58 Stunden wöchentlich in Kraft getreten, womit für die Baumwollspinnereien wegen der überwiegenden Beschäftigung von Arbeiterinnen und des Ineinandergreifens [illegible] die Arbeitszeit im allgemeinen auf 58 Stunden beschränkt ist. Diese Kürzung entspricht etwa 10 Prozent der früheren Arbeitszeit. Die Bestrebungen der süddeutschen Betriebe, vom März bis Juni eine weitere Reduktion des Betriebes eintreten zu lassen, haben indessen bisher zu keinem vollen Erfolg geführt.

* * *

Eine wichtige Erfindung für die Schußspulerei, die möglicherweise eine durchgreifende Umgestaltung der bisherigen Spulerei-Einrichtungen veranlassen dürfte und besonders für die schlesische Industrie von Bedeutung ist, wurde vom 8. bis 12. Februar im mechanischen Websaal der Preußischen Fachschule für Textilindustrie zu Langenbielau der Oeffentlichkeit vorgeführt. Es ist dies die neueste Kreuz-„Schuß"-Spulmaschine (Schlitztrommelsystem) der Firma Hermann Schroers in Krefeld, die gegenüber sämtlichen bekannten Kreuz-Schuß-Spulmaschinen eine Produktionserhöhung bis zu 300% garantiert, dabei eine bedeutend einfachere Bedienung verlangt, einen wesentlich niedrigeren Kraftverbrauch benötigt, geringere Anschaffungskosten verursacht, einen fast geräuschlosen Gang hat und das Material größtmöglichst schont.

Fast keine Woche vergeht, in der nicht über mehr oder minder wichtige Erfindungen aus unserem Gewerbe berichtet wird. Die Arbeiterschaft kann sich grundsätzlich einer technischen Vervollkommnung der Maschinerie nur freundlich gegenüberstellen. Leider aber ist es vielfach der Fall, daß die Neuerung einzig und allein dem Unternehmer zugute kommt, daß sie nicht nur Arbeitskräfte aus dem Gewerbe ausstößt, sondern vielfach auch neben einer gesteigerten Anstrengung eine Verringerung des Lohnes im Gefolge hat. Aus diesem Grunde ist es erklärlich, wenn die Arbeiter sich gegen technische Neuerungen, die eine Verschlechterung ihrer Lebenshaltung bewirken, entschieden wehren. Auch hier weisen die Dinge auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Der fünfte Kongreß der „Internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen" findet in den Tagen vom 29. März bis 1. April in Mailand (Italien) statt. Der Kongreß ist nach Italien verlegt worden, weil sich der christliche Textilarbeiterverband dieses Landes, der in grundsätzlicher Hinsicht ganz den Standpunkt der deutschen christlichen Gewerkschaften vertritt, der Vereinigung auf dem Kongreß definitiv anschließen wird. Am Ostermontag, den 28. März, wird in einem Arbeiterverein Mailands eine Begrüßungsfeier stattfinden. Die Tagesordnung des Kongresses ist folgende: 1) Bericht des internationalen Sekretärs (Huising-Enschede). 2) Kassenbericht (René Debruyne-Gent). 3) Bericht über den Stand und die Entwickelung der angeschlossenen Landesorganisationen. 4) Die Arbeiterversicherung in Belgien, Holland, Frankreich und anderen Ländern (R. Debruyne-Gent). Die Arbeitslosenversicherung in Deutschland (A. Heutmann-Düsseldorf). 5) Arbeitskammern in Belgien und Deutschland (Debruyne-Gent, Schiffer-Düsseldorf). 6) Die „gelben" Gewerkschaften (Ferd. Krikawa-Wien). Ferner stehen zur Verhandlung Anträge usw.

Wir werden über den Verlauf des Kongresses ausführlich berichten.

* * *

Welches Material muß bei einer Prozeßführung am Reichsversicherungsamt beigebracht werden? Bekanntlich hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften in Berlin ein Zentralrechtsschutzbureau, das die Vertretung der Mitglieder am Reichsversicherungsamt übernimmt. In der Nummer 5 des Zentralblattes klagt der Zentralrechtsschutzbeamte, Kollege Johann Becker, darüber, daß manches Urteil deshalb zuungunsten des Versicherten ausfiele, weil dieser sehr oft das Verfahren in der ersten Instanz (Schiedsgerichte) schlecht vorbereitet und auch bei einem Einspruch am Reichsversicherungsamt es an den notwendigen Beweismitteln und anderem notwendigen Material fehlen lasse. Der genannte Kollege macht deshalb nochmals bekannt, daß zu einer korrekten Prozeßführung am Reichsversicherungsamt folgendes Material unbedingt erforderlich ist.

1. Die Rentenbescheide der Berufsgenossenschaft (Landesversicherungsanstalt).
2. Eine Abschrift der Berufungsklage an das Schiedsgericht.
3. Eine Abschrift der eingeholten ärztlichen Gutachten, auch etwaiger anderer Gutachten.
4. Das Urteil des Schiedsgerichts.
5. Abschrift der Rekurs-(Revisions-)Schrift gegen das Urteil des Schiedsgerichts, oder, falls
6. die Genossenschaft beim Schiedsgericht einen Antrag auf Aufhebung der Rente gestellt hat oder Rekurs bezw. Revision gegen das Urteil des Schiedsgerichtes von der Genossenschaft bezw. Versicherungsanstalt eingelegt ist: die Schriftsätze der Berufsgenossenschaft bezw. Landesversicherungsanstalt. In letzteren Fällen ist auch die Abschrift der Gegenschrift des beklagten Rentenbeziehers bezw. Rentenbewerbers beizufügen.
7. Um schnell den Tag der Zustellung der Schriftstücke an den Rentenbewerber seitens der Genossenschaft (Landesversicherungsanstalt) bezw. des Schiedsgerichtes feststellen zu können, möge man die Couverts aufbewahren und ev. miteinsenden.
8. Eine Vollmacht muß unter allen Umständen beiliegen. Wer nicht im Besitze der gedruckten, vom Zentralbureau zu beziehenden Vollmachtsformulare ist, möge sie einfordern. Wird eine Vollmacht handschriftlich ausgestellt, dann möge man den Namen des den Prozeß am Reichsversicherungsamte führenden Sekretärs nicht hinschreiben (nicht etwa Peter Boeker oder Johann Becker), sondern den Platz hierfür offen lassen. Der den Prozeß am Reichsversicherungsamt führende Sekretär des Zentralbureaus wird seinen Namen selbst an die offen gelassene Stelle der Vollmacht setzen und so die Vollmacht ausfüllen.
9. Der Rentenbewerber muß eine Bescheinigung über seine Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaft beibringen. Denn nur dann gibt es kostenlose Vertretung am Reichsversicherungsamt.

Wir raten unseren Mitgliedern, sich diese Aufstellung auszuschneiden und aufzubewahren, um sie bei vorkommenden Fällen zur Hand zu haben. Das gilt namentlich für solche Mitglieder, die an ihrem Wohnsitz ein Volksbureau oder Arbeitersekretariat nicht haben und für solche, die bei Streitsachen in der Arbeiterversicherung anderen Kollegen mit Rat und Tat zur Seite stehen wollen.

Aus gegnerischen Organisationen.

Wieder einmal die andere Seite. Von einem Kollegen wird uns aus Baden geschrieben: Ein stehendes Kapitel in den Agitationsreden der „freien" Gewerkschaftsführer bildet die Behauptung, daß die christlichen Gewerkschaften keine entschiedene Interessenvertretung der Arbeiter wollten und daher auch den Klassenkampf der „freien" Gewerkschaften ablehnten. „Kapitalistenfreunde", „Harmoniedusler" und derlei schmeichelhafte Titulaturen haben die Unentwegten zur Benennung der christlich organisierten Arbeiter stets auf Lager. Paßt es den „Genossen" aber gerade in den Kram, dann zitieren sie im Notfalle Aussprüche der „Berliner" Fachabteiler zum „Beweise" dafür, daß die christlichen Gewerkschaften die Unternehmer eigentlich viel rücksichtsloser bekämpfen, als dieses die „Genossen" tun.

In dem Bestreben, die „Freien" als die unschuldigen Lämmer den Fabrikanten zu empfehlen und die Führer der christlichen Arbeiter als „Hetzer" und Feinde der Arbeitgeber zu verdächtigen, macht die sozialdemokratische Presse in Baden die seltsamsten Sprünge. Die Großblockluft läßt hier sonderbare Blüten reifen, die Phrase vom „unentwegten Klassenkampf" ist in Baden zum Gespött geworden.

Was werden aber Mehring und Kautsky sagen, wenn sie im sozialdemokratischen Karlsruher „Volksfreund" das folgende an die Adresse der Fabrikanten gerichtete süßliche Gewimmer lesen?

„— — — Viel schlimmer ist der Gefallen, der mit der Affaire Engel dem gesamten Unternehmertum bereitet wurde. **Dieses unterscheidet meist nicht zwischen christlichen und freien Gewerkschaften, sondern sagt schlechthin: da habt ihr die Tätigkeit der Gewerkschaftsführer, dieser Hetzer.** Auch diese Seite der Angelegenheit muß beachtet werden."

Da haben „Volksfreund" und „Pfälzische Post" (letztere hat den Artikel später auch gebracht) es einmal gründlich gesagt.

Und daß ihr es euch in Zukunft merkt, ihr Herren Arbeitgeber, und wohl unterscheidet zwischen einem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und einem „ganz gewöhnlichen christlichen Hetzer" oder gar diesem Engel, der es in Rheinfelden sogar ablehnte, die Arbeiter bedingungslos wieder in die Fabrik zu treiben, obwohl die Firma in den letzten Jahren „nur" etwa 22% Dividende verteilte, natürlich ohne die nötigen Tantiemen. Dabei verdienten die Arbeiter immer doch noch bedeutend mehr als die chinesischen Kulis.

Mögen die „Preußen" den Begriff des Klassenkampfes auslegen wie sie wollen, unsere badischen „Genossen" fassen ihn dahin auf, daß sie dafür „kämpfen" müssen, daß ein gerechter Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit geschaffen werde, wie dieses der Staatsanwalt Mehl in Waldshut unter dem Beifall der „Genossen" so rührend schön ausführte.

* * *

Für den Klassenkampf — gegen die Gewerkschaftsinteressen. In diesem Sinne bewegt sich die Tätigkeit des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Dafür wieder einen treffenden Beweis: Im vorigen Jahre empfahl der „Textilarbeiter" in überschwenglichen Lobesworten die Anschaffung der Broschüre des Sozialisten Anton Pannekoek: „Taktische Differenzen in der Arbeiterbewegung". U. a. schrieb damals der „Textilarbeiter", es gäbe wohl kaum ein Buch, das die betr. Fragen so eingehend und klar behandele. Der Inhalt der Broschüre müsse in den Mitgliederversammlungen zum Gegenstand von Vorträgen und Besprechungen gemacht werden. Der Zentralvorstand des Verbandes sandte später allen Ortsgruppen einige Exemplare der Pannekoek'schen Broschüre zu. Er trat also dem Urteil seiner Redaktion ganz bei.

Was ist nun der Inhalt der Broschüre? Ihre Tendenz ist eine radikal klassenkämpferische und direkt gewerkschaftsfeindliche. Pannekoek entwickelt Gedanken, die den alten, marxistischen Anschauungen entsprechen, die jeder Reformarbeit abhold und namentlich der Gewerkschaftsbewegung feindlich sind. Pannekoek erwartet von einer totalen Verelendung der Massen die Bildung jener Kräfte, die zum Umsturz der heutigen Ordnung notwendig sind. Zu diesem Urteile kommt selbst der Genosse Robert Schmidt in dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission" der „freien" Gewerkschaften.

Als Ziel des Klassenkampfes betrachtet Pannekoek die Sammlung der Macht zur Besiegung der Staatsgewalt. Dabei sieht er in der Reformarbeit innerhalb der heutigen Gesellschaft ein sehr bedenkliches Mittel, das den Klassenkampf abstumpfen und verflachen kann. Also weg mit der Arbeiterversicherung, weg mit dem Arbeiterschutz, weg mit der Erweiterung des gesetzlichen Arbeiterrechtes müßte man daraus folgern. Das alles ist dem Klassenkampf hinderlich und darum — fort mit ihm. Wie sich die Arbeiter dabei stehen, fragt Pannekoek nicht.

Alles Verhandeln, Konzessionieren und Kompromißlen ist Pannekoek ein Greuel. Darum verflucht er auch den Revisionismus, weil er den Arbeitern „Vertrauen in die Arbeiterfreundlichkeit der Bourgeoisie einflößen" will. „Indem die Arbeiter lernen, mehr von dem Wohlwollen oder der Einsicht der Bourgeoisie als von der eigenen Kraft zu erwarten, werden sie nicht dazu aufgestachelt, starke, mächtige Organisationen zu bilden."

„Man könnte ebensogut sagen, höhnt Genosse Schmidt, daß die Arbeiter mit den Hoffnungen auf eine nahe Erlösung aus allen Banden der Unterdrückung die Schaffung großer Organisationen als recht überflüssiges Mühen einstellen müßten."

Das wäre nach dem Herzen Pannekoek's, denn er sieht in den Gewerkschaften, dem Klassenkampf und dem Sozialismus ganz gefährliche Instrumente.

„Indem sie reale Verbesserung für die Arbeiter erkämpfen, verringern sie das Elend und die Empörung der ausgebeuteten Massen, die sonst das System selbst bedrohen: in diesem Sinne wirken sie sogar als eine konservative, den Kapitalismus befestigende Macht."

Also muß man im Sinne Pannekoek's schlußfolgern: Fort mit den Gewerkschaften, darin, daß sie „reale Verbesserungen für die Arbeiter erringen", liegt ihre große Ge-

fahr. Die Masse muß verelenden, muß materiell und geistig verlottern und verlumpen. In diesem unsagbaren Massenelend blüht üppig die Blume des Klassenkampfes, des Sozialismus.

„Die Gewerkschaften sind allerdings weit entfernt von diesem Standpunkte", sagt Robert Schmidt in dem „Korrespondenzblatt". Gemach, Herr Schmidt! Die sozialdemokratische Textilarbeiterorganisation steht doch auf diesem verrückten Standpunkt. Das Organ dieses Verbandes erklärt die Broschüre für das Beste, was auf dem Gebiete bisher erschienen ist. Der Zentralvorstand schickt allen Ortsgruppen einige Exemplare der Broschüre zu, damit ihr Inhalt allgemein Auffassung der sozialdemokratisch organisierten Textilarbeiter werde.

Die Leitung des Verbandes „deutscher" Textilarbeiter muß eine ungemein geringe Meinung von ihrer eigenen Arbeit haben; der Gewerkschaftsgedanke muß sich in ihrem Kopfe recht sonderbar ausmalen. Sie sucht in ihren Mitgliederkreisen Ideen zu verbreiten, die jede gewerkschaftliche Arbeitslust, jede Wertschätzung der Gewerkschaftsarbeit, jede Opferfreudigkeit, jedes ruhige und besonnene Vorgehen förmlich untergraben.

Wenn das A und O aller Gewerkschaftsarbeit der starre Klassenkampf sein soll, dann wird dabei das reine Arbeiterinteresse einfach mit Füßen getreten. Das gilt namentlich in dem Textilgewerbe. Aber beim „deutschen" Verbande ist die Richtlinie für alle Tätigkeit: Erst der Klassenkampf, das reine Arbeiterinteresse spielt dabei eine ganz untergeordnete Rolle.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Einen Reinwaschungsversuch bezgl. des Unternehmer-Arbeitsnachweises in Mannheim-Ludwigshafen unternehmen die Träger dieses Nachweises durch folgendes Rundschreiben an die Presse.

„Bezugnehmend auf unser Rundschreiben vom 1. Dezember v. Js. beehren wir uns, Ihnen mitzuteilen, daß infolge einer Anzeige gegen unseren Geschäftsführer, Herrn Dr. Moebius, die Großh. Staatsanwaltschaft ein Ermittelungsverfahren eingeleitet, dieses jedoch nach eingehenden Ermittelungen eingestellt hat.

Die Großh. Staatsanwaltschaft hat nicht nur anerkannt, daß die Einrichtung des Arbeitsnachweises der Industrie Mannheim-Ludwigshafen nicht gegen § 153 der Gewerbeordnung verstößt, sie hat auch in schlüssiger Weise festgestellt, daß die leidenschaftlichen Vorwürfe, welche gegen den Arbeitsnachweis wegen angeblicher geheimer Kennzeichnung von Arbeitern erhoben wurden, jeglicher Begründung entbehren.

Dem Vorstande war auf Grund seiner Kenntnis der Verhältnisse von vornherein klar, daß eine unparteiische Untersuchung kein anderes Resultat finden konnte, als die Rechtfertigung der von dem Arbeitsnachweise im gemeinsamen Interesse der Arbeitnehmer und Arbeitgeber getroffenen organischen Einrichtungen.

Gegenüber irreführenden neueren Veröffentlichungen in der Presse stellen wir ausdrücklich fest:

a) es ist nicht wahr, daß die Einstellung der Strafverfolgung wegen Verjährung eingetreten ist;

b) es ist nicht wahr, daß die Untersuchung ergeben hat, es sei eine Kennzeichnung mißliebig gewordener Arbeiter bei der Vermittelungsstelle durchgeführt worden."

Selbstverständlich wird dieses Rundschreiben von der gesinnungsverwandten Presse abgedruckt und mit allerlei Phrasen und Redensarten kommentiert, die die „verfolgte Unschuld" des Nachweises in Mannheim-Ludwigshafen beschützen und rechtfertigen sollen.

In seinem Jahresbericht sagt Kollege Stegerwald, daß das Rundschreiben entweder auf einer großen Naivität beruhe, oder aber auf die Täuschung und Irreführung der Oeffentlichkeit berechnet sei.

Von den in der Broschüre „Aus der Geheimpraxis eines Unternehmer-Arbeitsnachweises" aufgestellten Behauptungen ist seither durch den Arbeitsnachweis der Industrie Mannheim-Ludwigshafen nicht das allermindeste entkräftigt worden, wie man sich auch sorgfältig gehütet hat, gegen den christlichen Gewerkschaftsverlag oder den Schreiber dieses, (Stegerwald) der sich in öffentlicher Versammlung als den für den Inhalt der Broschüre Verantwortlichen bekannte, Klage anzustrengen. Die „leidenschaftlichen Vorwürfe", die gelegentlich der Herausgabe der fraglichen Broschüre, insbesondere in der badischen Tagespresse, erhoben wurden, sind uns nicht alle in ihren Einzelheiten bekannt. Gegenüber dem Inhalt der Broschüre verfehlt dieses Rundschreiben nichts. Vielleicht wird durch nachstehende Veröffentlichungen der „Großherzoglichen Staatsanwaltschaft" in Mannheim bekannt, daß zur Beurteilung und Untersuchung der Praxis des angeschuldigten Arbeitsnachweises nicht bloß der „§ 153 der Gewerbeordnung", sondern wie aus dem angezogenen Reichsgerichtsurteil hervorgeht, noch andere gesetzliche Bestimmungen einschlägig sind. Im weiteren wird in dem Rundschreiben gar nicht bestritten, daß die „Kennzeichnung mißliebig gewordener Arbeiter" stattgefunden; in Abrede gestellt wird lediglich, daß sie „bei der Vermittelungsstelle durchgeführt worden" ist. Sind vielleicht das „schwarze Buch" und die geheimen Vermerke wie „Z K" auf dem Mannheimer Arbeitsnachweis zur Dekoration geführt worden? Auf sozialpolitisch interessierte Kreise macht sonach das Rundschreiben des Arbeitsnachweises der Industrie Mannheim-Ludwigshafen keinen Eindruck. Die Gemeinde weiterer Einzelheiten ist jetzt, nachdem das System aufgedeckt ist, Aufgabe der Arbeiterschaft des dortigen Bezirks. Die Arbeitsnachweisfrage aber wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis der öffentlich-paritätische Arbeitsnachweis allenthalben durchgeführt ist.

Allgemein Gewerkschaftliches.

Eine Verbesserung der Streikstatistik erfordert die Gesellschaft für soziale Reform mit einer Eingabe an Bundesrat und Reichstag. „Eine Reform unserer amtlichen Streikstatistik ist dringend notwendig und im vergangenen Jahre noch von dem Kollegen Giesberts im Reichstage mit aller Entschiedenheit gefordert worden. Seitdem stimmen die amtlichen Zahlen mit denen von den Gewerkschaften überein. In der Regel ist bei den ersteren die Ziffer der beteiligten oder nur teilweise gewonnenen Streiks erheblich höher, als bei den Berufsverbänden.

Daß unsere amtliche Streikstatistik in ihrem Wert und Gehalt derjenigen von unseren übrigen amtlichen Arbeitsstatistiken nähme, heißt es in der Eingabe, liegt wohl allein darin begründet, daß sie auch hinsichtlich ihrer Organisation vollständig aus dem Rahmen unserer amtlichen Arbeitsstatistik herausfällt. Als sie entstand, gab es nur wenig Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften waren schwach und haben noch allgemein eine wesentlich andere Bewertung als heute. Beide Organisationen sind inzwischen jedoch außerordentlich gewachsen, so daß sich das statistische Amt ihrer Mitarbeit bereits seit Jahren bedient. Die Arbeitslosenstatistik beruht auf den Angaben der Gewerkschaften, der Arbeitsmarktberichterstattung liegen Mitteilungen von Unternehmern und Gewerkschaften zugrunde. Die Statistik der Arbeitsstandsverträge ist ebenfalls auf dem Zusammenarbeiten des Kaiserlich Statistischen Amtes mit den Berufsorganisationen aufgebaut. Es handelt sich jetzt darum, die Streikstatistik ebenfalls als Teil der Arbeitsstatistik auszubauen und an die Stelle der mit anderen Geschäften bereits überlasteten Polizei die Berufsvereine der Arbeitgeber und Arbeiter treten zu lassen.

Um zuverlässige Zahlen zu bekommen, wird folgende Methode vorgeschlagen: Das Amt verabredet mit den Zentralen aller in Betracht kommenden Organisationen, daß bei Abbruch jeder Lohnbewegung — Streik, Aussperrung oder streikfreie Bewegung — und bei Streiks und Aussperrungen, die länger als eine Woche dauern, bereits nach Ablauf der ersten Woche — auf vereinbarten Vordrucken von den Hauptvorständen der betreffenden Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen berichtet wird. So ist für alle Bewegungen, an denen sowohl organisierte Arbeiter als organisierte Arbeitgeber beteiligt sind, die Möglichkeit gegeben, zuverlässige und genaue Angaben von beiden Parteien zu bekommen. Stellen sich in diesen Berichten Abweichungen heraus, so hat das Amt durch schriftliche Rückfrage oder nötigenfalls durch persönliche Untersuchung besonderer Beauftragter den Sachverhalt festzustellen. Ist nur eine Partei organisiert, so würde beim Kaiserlich Statistischen Amt natürlich nur ein Bericht einlaufen, der Gegenbericht wäre in diesem Falle in der Regel von dem betreffenden Arbeitgeber, oder falls bei einem organisierten Arbeitgeber unorganisierte Arbeiter gestreikt haben, durch Vermittlung bei diesen einzuholen. Es dürfte sich weiter empfehlen, die verschiedenen Gewerkschaften allgemein um Meldung aller Arbeitsstreitigkeiten unorganisierter Arbeiter an das Kaiserlich Statistische Amt zu ersuchen. Auf Grund der so eingehenden Meldekarten könnte das Amt dann etwa durch Vermittlung der Gewerbeaufsichtsbeamten seine Erkundigungen einziehen. Es wäre zu wünschen, daß die Polizeibehörden wenig herangezogen, daß also alle Nachprüfungen und Rückfragen in erster Linie durch die Gewerbeaufsichtsbeamten vorgenommen werden, und daß die Polizei nur in Fällen, wo andere Beamte nicht zur Verfügung stehen, zu Hilfsdiensten benutzt wird.

Die Eingabe bittet ferner, die Frage, ob ein Streik unter Kontraktbruch erfolgte, in der Statistik unberücksichtigt zu lassen. „Ist die Frage, ob die Arbeiter die Arbeit unter Vertragsbruch niedergelegt haben, an sich von einer gewissen Bedeutung (wenn auch die Zahlenangaben hierüber bisher sehr wenig Beachtung gefunden haben), so empfiehlt sich jedoch ihre Aufnahme in die Streikstatistik nicht. Es handelt sich hierbei durchaus nicht immer um die einfache Frage, ob Arbeiter vor Ablauf ihrer acht- oder vierzehntägigen Kündigungsfrist die Arbeit niedergelegt haben, sondern oft besonders bei Abwehrstreiks um eine schwierige juristische Entscheidung, von welcher Seite zuerst der Arbeitsvertrag gebrochen worden ist, eine Feststellung, die die Arbeit vielfach außerordentlich erschweren würde."

Wir wünschen der Eingabe einen guten Erfolg.

Allgemeine Rundschau.

Soziale Rechtsprechung.

Eine wachsende Verschlechterung der Rechtsprechung am Reichsversicherungsamt ist aus den Berichten desselben zu konstatieren. In der Unfallversicherung stieg die Zahl der seitens der Berufsgenossenschaften erteilten berufungsfähigen Bescheide um das Doppelte, nämlich von 217 333 im Jahre 1900 auf 422 076 im Jahre 1909. Dagegen hat auch die Zahl der Bescheide, die Renten kürzen oder ganz aufheben, ganz erheblich zugenommen. Diese Rentenänderungsbescheide waren an den Bescheiden überhaupt im Jahre 1899 mit 38,11 Prozent beteiligt, dagegen 1906 schon mit 44,21 Prozent. Der Prozentsatz wuchs in dem angegebenen Zeitraum von Jahr zu Jahr. Wir haben hierin das Bestreben zu suchen, die kleinen Renten, sogenannten Schnapsrenten, ganz abzuschaffen und für Finger, Augen oder ähnliche Verletzungen überhaupt keine dauernden Renten mehr zu gewähren. Wir werden in einer der nächsten Nummern dieses Kapitel ausführlicher behandeln.

Diese für die Arbeiter ungünstige Tendenz der Rechtsprechung wird noch sehr gut durch folgende Zahlen illustriert. Von den Rekursen der Versicherten gegen Schiedsgerichtsurteile werden letztere

	bestätigt	abgeändert
1907	80,0 vom Hundert	19,0 vom Hundert
1908	81,6 „ „	17,1 „ „
1909	82,0 „ „	16,7 „ „

An den Schiedsgerichten vollzieht sich ebenfalls eine von Jahr zu Jahr wachsende Neigung zugunsten der Berufsgenossenschaften. Von allen Sachen, die die Schiedsgerichte zu erledigen hatten, wurde entschieden zugunsten der

	Versicherten	Berufsgenossenschaften
1905	20,27 vom Hundert	68,69 vom Hundert
1906	20,38 „ „	69,25 „ „
1907	20,47 „ „	69,12 „ „
1908	18,28 „ „	71,92 „ „
1909	17,80 „ „	72,68 „ „

Aus diesen wenigen Zahlen ist der Beweis geliefert, daß der Geist in unserer sozialen Rechtsprechung den Arbeitern nicht günstig ist. Andererseits wird diese Erscheinung aber auch mit zurückzuführen sein auf die mangelhafte Ueberlastung des Reichsversicherungsamtes.

Allgemeines.

Der Umfang des deutschen Hausgewerbes nach der gewerblichen Berufszählung vom Jahre 1907 im Vergleiche zu dem des Jahres 1895 wird im „Deutschen Reichsanzeiger" wie folgt dargestellt: **An hausgewerblichen Betrieben wurden nach den Angaben der Hausgewerbetreibenden im Deutschen Reiche gezählt: 279 546 Haupt- und 36 107 Nebenbetriebe, gegen 300 901 Haupt- und 41 656 Nebenbetriebe im Jahre 1895. Die Hauptbetriebe haben demnach um 21 355 oder 7,1 Proz., die Nebenbetriebe um 5549 oder 13,3 Proz. abgenommen. Von den Hauptbetrieben sind Alleinbetriebe 206 706 oder 73,9 Proz. Hausgewerbetreibende Personen wurden gezählt:**

	männlich	weiblich
1907	179 712	254 550
1895	256 131	291 863
1907	— 55 419	— 37 637.

Nach den Angaben der Unternehmer dagegen waren Hausgewerbetreibende wie folgt vorhanden:

	männlich	weiblich
1907	154 988	327 448
1895	271 246	269 465
1907	— [illegible]	— 57 983.

29 855 Betriebe beschäftigen überhaupt außerhalb der Familienangehörigen eine Hausgewerbetreibende, gegenüber 22 307 Betrieben im Jahre 1895; also 3548 mehr als 13 Jahre vorher. Die mangelnde Uebereinstimmung der Angaben der Hausgewerbetreibenden selbst mit denjenigen der Unternehmer ist wohl dadurch zu erklären, daß viele Hausgewerbetreibende sich nicht als solche angegeben haben und die Unternehmer über die Zahl der von den Zwischenmeistern usw. beschäftigten Personen nicht unterrichtet sind. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß viele Hausgewerbetreibende gemäß ihrer Bezeichnung in den Zählpapieren nicht in derselben Gewerbeart nachgewiesen sind, in die der betreffende Unternehmerbetrieb eingereiht ist.

* * *

Das Proporzsystem für die Wahlen zum Reichsversicherungsamt forderte Kollege Behrens in einer längeren Rede im Reichstage. Die Wahlen zum Reichsversicherungsamt werden mittels eines sehr komplizierten Wahlverfahrens vorgenommen, und zwar bildet das ganze Gebiet des Reichs einen Wahlbezirk. Wähler sind die Beisitzer der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung. Die Wahlen werden in drei Abteilungen vollzogen, und zwar bilden Gewerbe und Industrie, die Landwirtschaft und die Seeschiffahrt je eine Abteilung.

In Frage kommen für die Abteilung Gewerbe und Industrie etwa 2850 Wähler, und jeder Wähler vertritt so viel Stimmen, wie auf ihn nach der Zahl der Versicherten in seiner Landversicherungsanstalt entfallen würden, so daß also diese 2850 Wähler im ganzen etwa 10 Millionen Stimmen vertreten, also mit so viel Stimmen abstimmen.

In der Landwirtschaft sind etwa 1120 Wähler mit ungefähr 11 Millionen Stimmen. In der Seeberufsgenossenschaft sind 36 Wähler mit etwa 70 000 Stimmen. Diese Wahlen müssen nach dem § 14 der Unfallversicherungsgesetze nach dem relativen Mehrheitssystem vorgenommen werden. Daraus ergab sich im Jahre 1906 bei den letzten Wahlen folgendes Resultat. Die Gewählten erhielten von den etwa 10 Millionen Stimmen in der Gewerbe- und Industrieabteilung 4 830 000 Stimmen. Die unterlegene Liste erhielt gegen 2 bis 3 Millionen Stimmen. In der Seeberufsgenossenschaft wurden die Gewählten mit ungefähr 50 000 Stimmen gewählt.

Sie sehen aus diesem Stimmenverhältnis, daß die Minderheit eigentlich nicht zu ihrem Rechte kommt, um so mehr, als eine recht erhebliche Anzahl Beisitzer bezw. deren Stellvertreter zum Reichsversicherungsamt zu wählen sind.

Es waren bei der letzten Wahl sechs nichtständige Mitglieder Arbeitnehmer zu wählen, und es waren ungefähr 130 Stellvertreter, die sich dann auf die drei verschiedenen Gruppen verteilen.

Nach Mitteilungen, die vor einigen Tagen durch die Presse gingen, sollen in Zukunft 12 nichtständige Mitglieder gewählt werden und ungefähr 240 Stellvertreter. Da entspricht es einem Akt der Gerechtigkeit, wenn diese Wahlen, wie es ja vom Deutschen Arbeiterkongreß im Jahre 1907 grundsätzlich für alle sozialen Wahlen gefordert worden ist, nach dem Verhältniswahlsystem vorgenommen werden. Denn bei einer Stimmenzahl, die nach so und so vielen Millionen zählt, und wo mehrere hundert Personen zu wählen sind, läßt sich sehr leicht die Verhältniswahl statt der relativen Mehrheit herstellen, um so mehr, als die Wahl zum Reichsversicherungsamt in den Händen des Reichsversicherungsamts selbst liegt. Die Wahlen sind heute schon Listenwahlen. Der Schiedsgerichtsbeisitzer bekommt als Wähler vom Reichsversicherungsamt einen großen Listenbogen zugestellt; darin waren 1906 ungefähr 50 Namen einzuschreiben. Die Gewerkschaften haben das den Wählern erleichtert, indem sie gedruckte Stimmlisten, die die Namen der zu Wählenden enthielten, hingeschickt haben. Wenn die Wahl 1911 wieder nach dem alten System vorgenommen werden muß, können manche Wähler in die Lage kommen, daß sie hundert Namen zu wählen haben. Nun ist es erklärlich, daß die über ganz Deutschland zerstreuten Beisitzer zum Schiedsgericht einen so ausgedehnten Bekanntenkreis nicht haben, daß sie hundert Mann als Stellvertreter nennen können. Es wählt also jeder seine Bekannten. Es ergibt sich dieselbe große Zersplitterung wie früher. Gewählt werden die von den gewerkschaftlichen Organisationen vorgeschlagenen Listen. Durch die relative Mehrheit kommen also nur die Kandidaten einer Richtung der Arbeiterbewegung zur Geltung, während die fast ebenso starken Minderheiten leer ausgehen.

Darum erscheint es mir zweckmäßig, daß wir durch eine kleine Aenderung in § 14 des Gesetzes statt „relative Mehrheit" sagen: „nach dem Verhältniswahlsystem". Dadurch würden sämtliche Richtungen der Arbeiterbewegung in der höchsten Instanz der Arbeiterversicherung zur Geltung kommen. Das Vertrauen und Interesse der verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung zum Reichsversicherungsamt würde dadurch außerordentlich gehoben werden.

Nun wird man vielleicht einwenden, daß uns ja doch vielleicht in diesem Jahre die Reichsversicherungsordnung vorgelegt werden wird. Deshalb könne man mit dieser Sache warten, bis die Reichsversicherungsordnung unter Dach und Fach ist. Nun, meine Herren, zunächst ist noch nicht bestimmt, ob wir die Reichsversicherungsordnung so flott unter Dach und Fach bekommen, wie wir es gern möchten. Und zweitens scheint die Sache so zu liegen, daß die Reichsversicherungsordnung nicht auf einen Schlag in Kraft tritt, sondern es wird Uebergangsmöglichkeiten geben, so daß die zu wählenden Beisitzer und Beisitzerstellvertreter noch vielleicht 2, 3 oder 4 Jahre zu amtieren haben. Ich würde auch empfehlen, daß wir die Versicherungsträger materiell nicht ändern. Aber bei meinem Vorschlag handelt es sich darum, ein übersichtlicheres und gerechteres Wahlsystem zu schaffen. Es würde in der deutschen nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft allgemeinen Beifall finden, wenn diese Aenderung erfolgte. Die verbündeten Regierungen mögen uns lediglich die kleine Novelle vorlegen, die in kurzer Zeit erledigt sein kann, und die Wahlen könnten dann nach dem Verhältniswahlsystem vorgenommen werden. Ich habe mit Herren aus den verschiedenen Parteien dieses Hauses über die Sache gesprochen und allenthalben Verständnis für diesen Wunsch gefunden, der in der christlich-nationalen Arbeiterschaft besteht.

* * *

Vom Bebel-Kultus. Bebel feierte am 22. Febr. d. J. seinen 70. Geburtstag. Den beging die Sozialdemokratie mit vollem Rechte festlich. Bebel hat sich eine hohe Ehrung in seiner Partei durchaus verdient. Dabei leisteten sich einige Festredner aber ganz geschmacklose und lächerliche Wendungen. So sagt Genosse Richard Fischer:

„Es ist nicht wahr, daß Bebel ein Mensch ist wie wir alle. So gut es nur einen Schiller, nur einen Goethe, nur einen Lincoln, nur einen Marx gegeben, so gibt es auch nur einen Bebel."

Und in der österreichischen sozialdemokratischen „Volkstribüne" (Nr. 7 vom 16. Febr. 1910) leistet sich ein Genosse Höger folgendes:

„Du, August Bebel, hast ein reiches, hast ein hartes Leben lang gekämpft für uns. Die Palme dafür hast du längst verdient. Vor dir, du Großer, vor dir, du Bescheidener, vor dir, du Bravster der Braven, verneigen wir uns ehrfurchtsvoll, sagen dir Dank und versichern dich unserer unendlichen Liebe, die Anerkennung sein soll für die unendliche Liebe, die du den Armen, Bedrückten und Beladenen zeit deines gesegneten Lebens entgegengebracht hast.

August Bebel, wir grüßen dich! . . ."

Ob Bebel nicht manchmal würde: „Genosse Höger, erbarme dich!"

Briefkasten.

Die Schlußzeile der Artikel „Landwirtschaftliche Frauenbildung und Arbeiterstand" und „Die Neckarsulmer Gewerkschaftswelle" mußten mit Rücksicht auf den in dieser Nummer veröffentlichten Bericht des Ausschusses für die nächste Nummer zurückbleiben. — Wir weisen nochmals darauf hin, daß für die in der Woche nach Ostern erscheinende Nummer die Redaktion bereits Samstags vor Ostern geschlossen wird.

Versammlungskalender.

Epe. 18. März, 7½ Uhr, bei Bernhard Bakenecker, Vertrauensmännerversammlung.

Elberfeld. 19. März, ½9 Uhr, bei Herkenrath, Klotzbahn.

Greiz. 19. März, ½9 Uhr, in Golle's Lokal (Hohe Gasse.) — (Ausflug nach Filiale Pohlitz.) 29. März, 2 Uhr, bei Oditz Versammlung mit Vortrag.

Hardterbroich-Pesch. 20. März, 6 Uhr, bei Hubert Nußbaum.

Neersen. 20. März, 6½ Uhr, bei Peter Bürger.

Neuwerk. 20. März, 6 Uhr, bei Anton Nommerskirchen. Marke.

Schelsen. 20. März, 6¾ Uhr, bei Werner Dürselen öffentliche Versammlung.

Vaale. 20 März, 5 Uhr, bei Arnold Gillissen, Arbeiterinnenversammlung

Würselen. 20. März, 11 Uhr, bei Werner Leuchter, Aachenerstraße, Generalversammlung

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Mathias Könkes in Grefrath.
Heinrich Pieper in Ochenkirchen.
Johann Schneiders in Schiefbahn.
Peter Jacobs in M.-Gladbach.
Albert Boersmann in Epe.
Wilhelm van Drümen in Bocholt.
Georg Winkler in Roth bei Nürnberg.
Mathias Tack in Lobberich.
Heinrich Hüls in Emsdetten.
Hermann Tummer in Dülken.
Franz Panesch in Füssen.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Ueber Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau hat der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter ein vom Kameraden Heinrich Imbusch verfaßtes Buch herausgegeben. Das Buch umfaßt einschließlich Vorwort und Inhaltsverzeichnis 736 Seiten und ist in einen sehr schönen und soliden Einband gebunden. Im Buchhandel kostet es 10 Mark. Den christlichen Gewerkschaftskartells, sowie den katholischen und evangelischen Arbeiter- und Knappenvereinen und deren Präsides überläßt der Gewerkverein das Buch zu dem Vorzugspreis von 5,50 Mark, soweit der Bezug durch die Geschäftsstelle Essen, Schützenbahn 62, und zwar bald erfolgt.

Für die christlichen Gewerkschaften sowie die katholischen Arbeiter- und Knappenvereine ist die Verbreitung des Buches von der größten Bedeutung. In keiner Gewerkschafts- und Vereinsbibliothek darf dieses Buch fehlen. Jeder Präses eines konfessionellen Vereins wird in demselben ein hochwillkommenes Material für seine Vereinstätigkeit und Vorträge finden. Das Buch enthält eine auf erstem Quellenmaterial basierende Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist von ihren Anfängen an in dem Buche niedergelegt. Ebenfalls die Geschichte der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsbewegung. Eine genaue Geschichte der Bergarbeiterbewegung und deren Einzelfragen, wie Arbeitsvertrag, Schichtzeit, Lohnfestsetzung und -Auszahlung, Strafwesen, Krankheiten, Unfälle, Knappschaftswesen, Behandlung usf. ist sodann in dem Buche enthalten. Ferner enthält das Buch eine nach genauem Quellenmaterial geschriebene Geschichte der katholischen und evangelischen Knappen- und Arbeitervereinsbewegung Deutschlands, besonders des Ruhrreviers. Die christlich-soziale Arbeitervereinsbewegung der 60er Jahre, entfacht und ins Leben gerufen von dem berühmten sozialen Bischof von Mainz, Freiherrn von Ketteler, ist ebenfalls entsprechend gewürdigt. Bei allen Kapiteln ist das Quellenmaterial genau angegeben, so daß eine Nachkontrolle von Interessenten jederzeit möglich ist. Diese Andeutungen genügen.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß an das Schicksal der Bergarbeiterbewegung das der Gesamtarbeiterbewegung geknüpft ist und von ihm das ganze deutsche Wirtschafts- und Volksleben ungemein beeinflußt wird. Darum ist das vorliegende Buch von denkbar größtem Interesse für alle, welche direkt oder indirekt mit der modernen Arbeiterbewegung zu tun haben.

* * *

„Aus der Geheimpraxis eines Unternehmer-Arbeitsnachweises." Die Nachfrage nach diesem Schriftchen ist fortgesetzt eine rege. Zurzeit ist bereits die vierte Auflage vergriffen. Die Agitation gegen die einseitigen Unternehmernachweise darf auch keinesfalls schon erlahmen, da die Aktion mit der Interpellationsdebatte im Reichstage durchaus nicht etwa zu Ende ist. Bekanntlich steht noch die Beratung des Stellenvermittlungsgesetzes bevor, die Gelegenheit bieten wird, erneut auf die Angelegenheit zurückzugreifen. Da die seitens des Ministers Delbrück ursprünglich eingenommene Position schon im Verlaufe der Interpellationsdebatte wirksam erschüttert wurde, haben wir alles Interesse daran, durch eine umfassende Agitation nach dieser Richtung weiterzuarbeiten. Das kleine Broschürchen bietet dazu nach wie vor das beste Material. — Wir ersuchen die Kollegen daher, ihre Werbetätigkeit wie bisher fortsetzen und dem Verlag (Cöln, Palmstraße 14) weitere Bestellungen schnellstens zugehen lassen zu wollen. Der Preis beläuft sich für Mitglieder auf 20, für den Buchhandel auf 50 Pfg. pro Exemplar.

Mitglieder, agitiert für den Verband!